



Deutsches Institut für
Entwicklungspolitik (DIE)
**German Development
Institute**

Jahresbericht 2015 – 2016

129

300

10

191

383



**twitter.com/
DIE_GDI**



die-gdi.de



bit.ly/linkedinDIE



**youtube.com/
DIEnewsflash**



**facebook.com/
DIE.Bonn**

129

Mitarbeitende



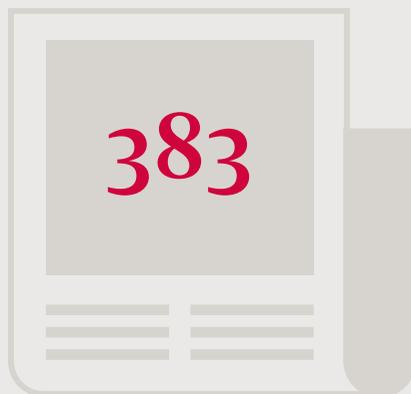
Veranstaltungen
S. 70



Doktoranden
S. 58



**referierte
Publikationen**
S. 62



**Beiträge von Mitarbeiterinnen
und Mitarbeitern des DIE in den Medien**
S. 45

Jahresbericht 2015 – 2016

*Brücken bauen zwischen
Theorie und Praxis*

Inhalt

Vorwort

6 Dirk Messner und Imme Scholz

Grußworte

8 Gerd Müller MdB

Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung

10 Svenja Schulze

Ministerin für Innovation, Wissenschaft und Forschung des Landes Nordrhein-Westfalen

Forschung | Beratung | Ausbildung

14 Pariser Klimaabkommen, Agenda 2030 und „New Urban Agenda“:

Die Zukunft transformativer Politiken

18 Eine Welt ohne Hunger ist möglich

22 Flucht und Vertreibung als entwicklungspolitische Herausforderung:

Die MENA-Region im Brennpunkt

28 Governance vernetzter Versorgungsrisiken: Der Nexus Wasser-Energie-Nahrung

32 Neue Herausforderungen für die europäische Außen- und Entwicklungspolitik

36 G20 – Eine neue Rolle für Forschung und Politikberatung

42 Wissenschaftliche Beratung

44 Kommunikation und Öffentlichkeitsarbeit

46 Publizieren im Wandel der Zeit

48 Jahresabschluss 2015

Menschen am DIE

Publikationen | Veranstaltungen

62 Briefing Paper

64 Analysen und Stellungnahmen

66 Discussion Paper

68 Studies

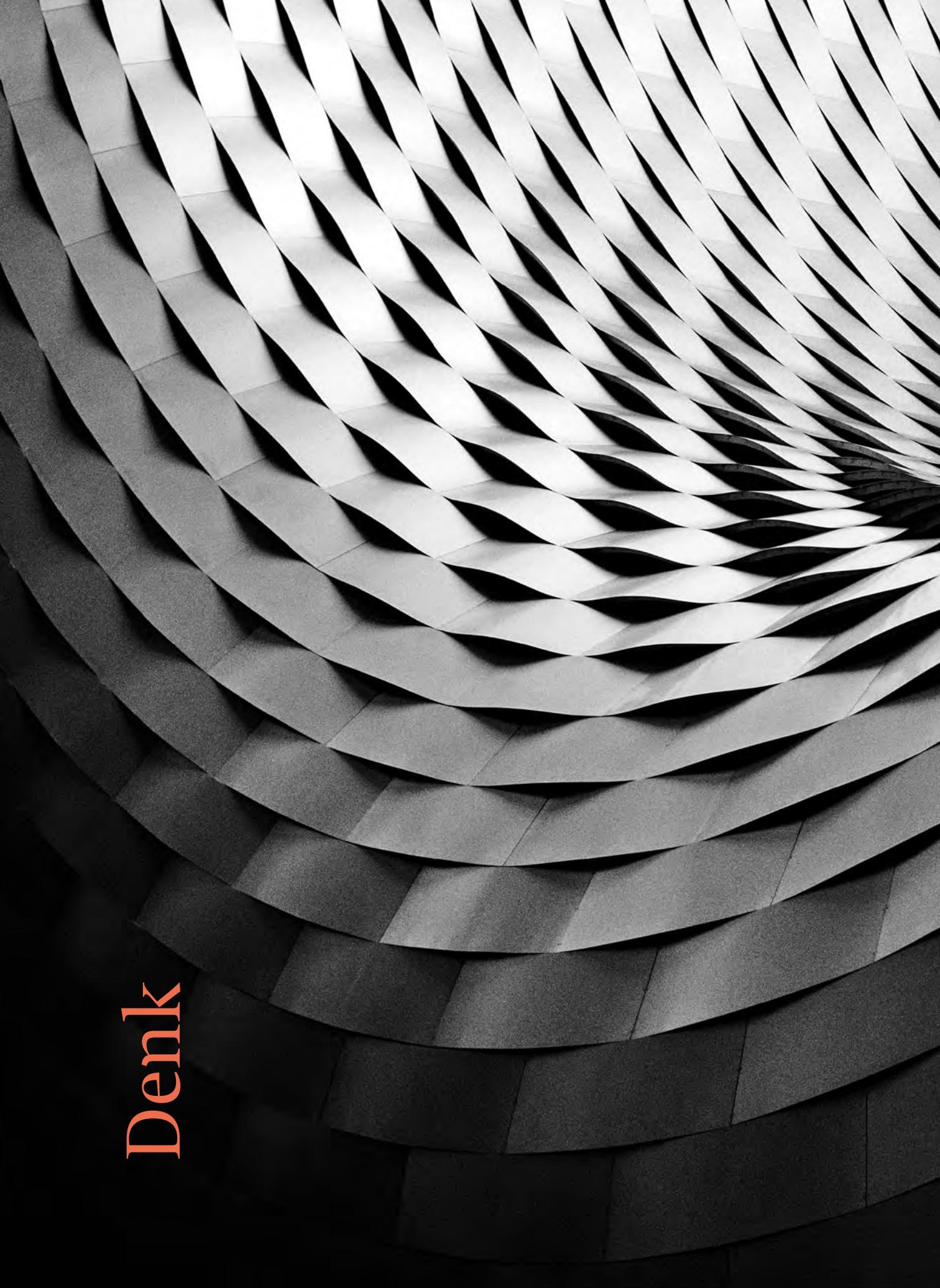
68 Externe Buchveröffentlichungen

70 Ausgewählte Veranstaltungen

Kuratorium

Organigramm | Impressum

(im Umschlag)



Denk



anstoß



Das Jahr globaler Entwicklung und internationaler Fliehkräfte

2015 war ein gutes Jahr für den Multilateralismus und für globale Entwicklung. Die Verabschiedung der ambitionierten universellen Nachhaltigkeitsziele im Rahmen der Agenda 2030, das Pariser Klimaabkommen, das die Weltgemeinschaft auf einen klimaneutralen Entwicklungspfad verpflichtet, und die Finanzierungskonferenz von Addis Abeba waren wegweisende Beschlüsse der Staatengemeinschaft. Die Agenda 2030 und das Pariser Klimaabkommen könnten, wenn sie nun ernsthaft umgesetzt werden, als historische Wegmarken gelten – vergleichbar mit den Menschenrechtserklärungen der Vereinten Nationen. Sie haben das Potenzial, zu einem Weltgesellschaftsvertrag für nachhaltige Entwicklung einer bald zehn Milliarden Menschen umfassenden Zivilisation zu werden.

Die globalen Entwicklungsbeschlüsse von 2015 stellen eine Neuausrichtung dar. Sie erkennen erstens an, dass die Bekämpfung von Armut und Ungleichheit in Entwicklungs-, Schwellen- und Industrieländern wichtig sind, um faire Wohlfahrt und gesellschaftliche Stabilität zu schaffen. Sie dokumentieren zweitens, dass dies nur möglich ist, wenn zugleich die plane-

taren Leitplanken anerkannt werden. Umwelt- und Klimaschutz, die Stabilität des Erdsystems sowie menschliche Wohlfahrt bedingen einander und dürfen nicht gegeneinander ausgespielt werden. Drittens müssen Institutionen und Regierungsführung auf diese neuen Ziele ausgerichtet werden. Viertens muss in eine globale Kooperationskultur investiert werden, weil ansonsten weder die Agenda 2030, noch das Pariser Klimaabkommen oder die Beschlüsse von Addis umgesetzt werden können.

2015 war gleichzeitig ein beunruhigendes Jahr, denn nahezu alle Schwellenländer sind in wirtschaftlich schwieriges Fahrwasser geraten und mit ihnen die afrikanischen Rohstoffökonomien, deren Exporte nach Asien lahmen. Zeit, sich wieder mit den *middle-income traps* zu beschäftigen. Der Übergang der Schwellenländer zu stabiler Entwicklung, Wohlfahrt und Demokratie ist kein Selbstläufer. Die Weltwirtschaft befindet sich insgesamt in einer unruhigen Phase, denn in den OECD-Ländern sind die Finanzkrisen keinesfalls ausgestanden. Die Null-Zins-Politik signalisiert: Es gibt derzeit kein Geschäftsmodell, das eine nächste Phase globaler Entwicklung tragen könnte. Wichtig wäre es nun, wirtschaftliche Entwick-

links:

Dirk Messner

Direktor

rechts:

Imme Scholz

stellv. Direktorin

lung voranzubringen und sich dabei zugleich an der Agenda 2030 und den Pariser Klimabeschlüssen zu orientieren. Das neue Geschäftsmodell hätte folgende Achsen: Dekarbonisierung, Ressourceneffizienz und Kreislaufwirtschaft einerseits – Verteilungsgerechtigkeit und internationale Kooperation andererseits, um Globalisierung fair zu gestalten.

2015 war auch ein grauenhaftes Jahr, gekennzeichnet durch eine Verdichtung gefährlicher globaler Krisen. Der Ukraine Konflikt führte zu einer Renaissance des Kalten Krieges, bestenfalls eines Kalten Friedens, zwischen dem Westen und Russland. Der Nahe Osten, unsere unmittelbare Nachbarschaft, zerfällt. Kriege haben die gesamte Region erfasst und viele Menschenleben gekostet. Staatsterrorismus und dschihadistischer Terror zermürben die Gesellschaften. Islamistischer Terror schwappt auch Richtung Europa. Gleichzeitig sind Millionen Menschen zwischen Syrien, Irak, Libanon, Jordanien, Libyen und der Türkei auf der Flucht. Ein kleiner Teil von ihnen hat sich auf den Weg nach Europa gemacht und scheint die Solidaritätspotenziale unserer Wohlstandsregion zu überfordern. Globale Interdependenzen verdichten sich, sie werden auch für Normalbürger greifbar. Nun wäre dringend

mehr globale Zusammenarbeit gefragt. Doch der Präsident der Münchener Sicherheitskonferenz und Staatssekretär a.D. des Auswärtigen Amtes, Wolfgang Ischinger, hat leider Recht: Wir könnten uns in einer Phase des Weltordnungszersfalls befinden.

2015/2016 war schließlich ein unglaubliches Krisenjahr für Europa und den Westen insgesamt. Brexit, die EU am Rande einer Existenzkrise, rechts-populistische, ausländerfeindliche, autoritär-nationalistische Bewegungen im Aufwind. Le Pen und Orban in Europa. Die USA haben einen die Gesellschaft und die Weltgemeinschaft polarisierenden Präsidenten gewählt. Soziale Fliehkräfte rütteln an den Grundfesten unserer Demokratien. Der Westen steht nicht gut da. Das wird nicht ohne Auswirkungen auf die internationale (Entwicklungs-) Kooperation bleiben.

Wir leben in turbulenten Zeiten, gekennzeichnet durch die Gleichzeitigkeit der Ungleichzeitigkeiten. Die Agenda 2030 und das ambitionierte Pariser Klimaabkommen, globale Krisen und nationalistische Rückfälle verlaufen zeitgleich. Dies könnte eine Zeitenwende sein: Demokratie, fairer verteilter Wohlstand und globale Kooperation sind in der entstehenden Weltgesellschaft nicht einfach da. Man muss sich für sie einsetzen, Partnerschaften bauen und gemeinsame Interessen entwickeln, an Lösungen arbeiten, das Gemeinwohl ins Zentrum nationaler sowie internationaler Politik stellen und Märkte darauf ausrichten, Welt- und Weitsicht gegen nationalistische Egoismen und kurzfristige Interessenpolitik stellen. Am Deutschen Institut für Entwicklungspolitik (DIE) haben wir das Privileg, mit unseren globalen Partnern an Lösungen für die Entwicklungsherausforderungen einer zusammenrückenden Menschheit zu arbeiten, die dennoch gerade auseinanderzudriften droht. Das spornt uns an. 2017 könnte ein wichtiges Jahr werden. Die Bundesregierung übernimmt die G20-Präsidentschaft in einer schwierigen und wichtigen Zeit. Ein normativer Kompass für eine zeitgemäße Weltpolitik liegt vor: die Agenda 2030.



Wenn dieser Jahresbericht erscheint, gibt es das BMZ seit 55 Jahren und das DIE seit 52 Jahren. Niemals zuvor waren die Erwartungen an unser gemeinsames Politikfeld so hoch wie heute. Und heute wissen wir mehr denn je: Um die Überlebensfragen der Menschheit anzugehen, führt kein Weg an Entwicklungspolitik vorbei. Denn Entwicklungspolitik wirkt daran mit, das Recht auf Nahrung für eine wachsende Weltbevölkerung zu verwirklichen sowie Terror und Menschenrechtsverletzungen zu bekämpfen und andere Fluchtursachen zu mindern.

Doch damit nicht genug: Entwicklungspolitik ist auch gefragt, wenn es darum geht, die Landwirtschaft an den bereits begonnenen Klimawandel anzupassen und klimaschädliche Neu-Emissionen zu mindern. Ein weiteres Anliegen ist es, faire Wertschöpfungs- und Handelsketten zu schaffen und an einer nachhaltigen Urbanisierung zu arbeiten – einem der Mega-Trends des 21. Jahrhunderts – sowie Landflucht zu verhindern.

Wir alle wissen: Damit geht auch eine höhere Verantwortung einher. Und wachsende Finanzressourcen sind nicht alles; es kommt darauf an, wie wir die Mittel nutzen. Dabei ist der Beitrag der Wissenschaft unverzichtbar. Ich freue mich daher, dass das DIE das BMZ

bei jedem wichtigen Thema intensiv wissenschaftlich unterstützt. So geht zum Beispiel unser Programm *Cash for Work*, mit dem wir Beschäftigung in den Nachbarstaaten Syriens fördern, auch auf Forschungs- und Beratungsarbeiten des DIE zurück.

Das DIE profitiert dabei von seinen guten Arbeitsbeziehungen mit Partner-Instituten aus Schwellenländern, die das BMZ über das Programm *Managing Global Governance* finanziert. In diesem langjährigen Vernetzungsprogramm mit Nachwuchskräften aus Brasilien, China, Indien, Indonesien, Mexiko und Südafrika erarbeiten wir gemeinsame Sichtweisen und Lösungsansätze für globale Zukunftsfragen partnerschaftlich – etwa zu gerechten Umwelt- und Sozialstandards in der Weltwirtschaft.

Eines ist mir besonders wichtig: Die „wissenschaftliche Wertschöpfung“ bei internationalen Forschungsprojekten mit globaler Zukunftsrelevanz muss künftig noch stärker in entwicklungspolitischen Partnerländern stattfinden. „Mit den Entwicklungsländern forschen statt über sie“: Diesen Gedanken wollen wir deshalb künftig noch stärker in den Mittelpunkt der entwicklungspolitischen Forschungsförderung des BMZ stellen – in kluger Arbeitsteilung mit dem BMBF

„Nie zuvor waren die Erwartungen an unser Politikfeld so hoch wie heute. Um die Überlebensfragen der Menschheit anzugehen, führt kein Weg an Entwicklungspolitik vorbei.“

Dr. Gerd Müller MdB

Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung

und anderen einschlägig engagierten Bundesressorts.

Uns allen ist dabei klar: Wissenschaftliche Exzellenz ist kein Selbstzweck. Sie dient unserem gemeinsamen Ziel, bis 2030 – also innerhalb unserer Generation – eine Welt ohne Hunger, ohne Armut und ohne Krieg möglich zu machen.

Ich bin überzeugt: Dieses Ziel können wir erreichen, wenn wir alle – in Wissenschaft, Politik, Wirt-

schaft und Gesellschaft – unseren je eigenen und unverzichtbaren Beitrag dazu leisten. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des DIE haben eindrucksvoll bewiesen, dass sie dazu bereit sind. Dafür danke ich auch an dieser Stelle sehr herzlich.

Ihr

Dr. Gerd Müller MdB



2016 fiel der Earth Overshoot Day, der Erd-überlastungstag, auf den 8. August. An diesem Tag waren bereits alle Ressourcen für Nahrung, Wasser und Energie verbraucht, die die Erde in einem Jahr regenerieren kann. Für den Rest des Jahres leben wir von den Reserven.

Um unseren Verbrauch weltweit zu decken, bräuchten wir umgerechnet 1,6 Erden. Wir leben also deutlich über unsere Verhältnisse – auf Kosten der nachfolgenden Generationen und auf Kosten der Armen dieser Welt. Dass das auf Dauer nicht funktionieren kann, zeigen die Folgen des Klimawandels: Die Gletscher gehen zurück, der Meeresspiegel steigt an, die Meere werden sauer, es kommt zu immer stärkeren Wetterextremen, Kriege und Konflikte brechen aufgrund von Ressourcenstreitigkeiten aus und immer mehr Menschen befinden sich auf der Flucht, weil ihre Heimat keine ausreichenden Lebensbedingungen mehr bietet.

Die Botschaft ist eindeutig: So wie bisher geht es nicht weiter. Es muss ein Umdenken stattfinden. Und es müssen Lösungen gefunden werden, wie wir unseren Lebensstandard erhalten, ohne die natürlichen Grenzen unseres Planeten zu strapazieren.

Diese Frage nach einer nachhaltigen und zugleich sozialen Gesellschaft lässt sich nur mithilfe von Wissenschaft und Forschung beantworten. Die Gesellschaft ist auf wissenschaftlichen Fortschritt angewiesen, um Herausforderungen wie den Klimawandel und die Ressourcenknappheit zu bewältigen.

Aber gleichzeitig gilt auch: Die Wissenschaft braucht die Erkenntnisse und das praktische Wissen aus der Gesellschaft. Nur so kann sie Lösungen entwickeln, die in der Lebenswelt der Menschen ankommen und ihr Leben wirklich verbessern.

Zur Bewältigung globaler Herausforderungen sind alle Akteure gefragt – und das über die Grenzen von Ländern, Disziplinen und gesellschaftlichen Strukturen hinweg. Es gibt keine rein umweltpolitischen, entwicklungspolitischen, außenpolitischen oder wirtschaftspolitischen Fragestellungen mehr. Alle diese Herausforderungen bedingen einander und lassen sich nicht losgelöst voneinander betrachten.

Diese Prämisse ist auch wichtiger Bestandteil unserer Forschungsstrategie in NRW „Fortschritt NRW“, die eindeutig ausgerichtet ist: Auf die großen gesellschaftlichen Herausforderungen und auf inter- und transdisziplinäre Forschung, die bei den Menschen

„Als Land Nordrhein-Westfalen sind wir sehr stolz darauf, Heimat dieses international renommierten wissenschaftlichen Think Tanks zu sein.“

Svenja Schulze

Ministerin für Innovation, Wissenschaft und Forschung
des Landes Nordrhein-Westfalen

ankommt. Auf Forschung, die über reine technologische Innovationen hinausgeht und den besonderen Stellenwert der Geistes- und Gesellschaftswissenschaften anerkennt und berücksichtigt.

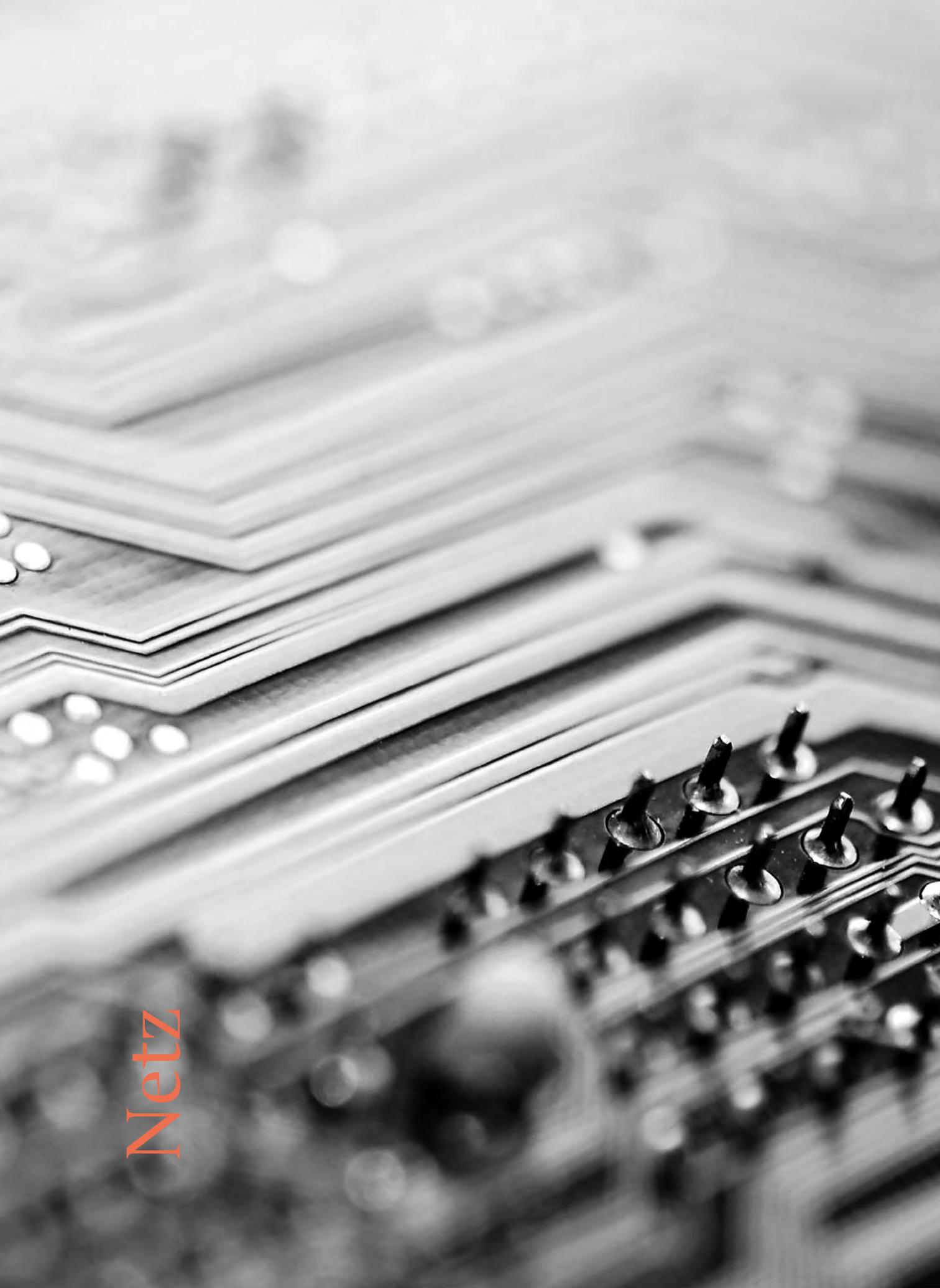
Eine solche Forschung geschieht hier am Deutschen Institut für Entwicklungspolitik (DIE). Das DIE fungiert seit mehr als einem halben Jahrhundert als verlässlicher und kompetenter Ansprechpartner. Die hervorragenden Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler erarbeiten wichtige Erkenntnisse zu globalen Sachverhalten. Sie erschließen Netzwerke, stoßen gesellschaftliche Debatten an und suchen den Austausch mit Politik, Wirtschaft und Zivilgesellschaft. Ihr breites Angebot umfasst neben der Forschung auch den Bereich der Beratung und der Ausbildung.

Sie verändern damit Schritt für Schritt unser Bewusstsein über die Welt und unsere globale Verantwortung – und tragen mit dazu bei, dass sich der *Earth Overshoot Day* hoffentlich wieder immer mehr dem Jahresende annähert.

Als Land NRW sind wir sehr stolz darauf, Heimat eines international so renommierten Think Tanks zu sein. Und wir freuen uns, dass Sie seit nunmehr zwei Jahren Mitglied in der Johannes-Rau-Forschungsgemeinschaft sind und auch hier einen intensiven Diskurs über aktuelle, gesellschaftlich relevante Fragestellungen anstoßen.

Ich danke allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des DIE für ihr Engagement und wünsche Ihnen auch weiterhin alles Gute und viel Erfolg!

Ihre
Svenja Schulze



Netz

werk



Pariser Klimaabkommen, Agenda 2030 und „New Urban Agenda“: Die Zukunft transformativer Politiken

Als die 196 Vertragsparteien der Klimarahmenkonvention der Vereinten Nationen (UNFCCC) im Dezember 2015 in Paris ein neues Klimaabkommen verabschiedeten, wurde dies weltweit als historischer Erfolg gefeiert. Wird das Pariser Abkommen konsequent umgesetzt, bedeutet es nichts weniger als den Anfang vom Ende des fossilen Zeitalters und somit eine tiefgreifende Transformation für Weltwirtschaft und Weltgesellschaft.

Im Rahmen des Dialog- und Forschungsprojekts „Klimalog“ fördert das Deutsche Institut für Entwicklungspolitik (DIE) den wissenschaftlichen und handlungsorientierten Austausch von Entscheidungsträgern und Meinungsmachern aus Wissenschaft, Politik, Zivilgesellschaft und Wirtschaft verschiedener Ländergruppen über die wichtigsten inhaltlichen Brennpunkte künftiger globaler Klimapolitik und die Ausgestaltung in der internationalen Zusammenarbeit mit Entwicklungs- und Schwellenländern. Parallel dazu forscht das DIE zu ordnungspolitischen Maßnahmen

zur Entkoppelung der Weltwirtschaft von fossilen Energieträgern (Dekarbonisierung) und zur Abfederung der Folgen des Klimawandels (Klimaresilienz).

Transformativer Anspruch der Klimapolitik

Spätestens seit dem fünften Sachstandsbericht des „Weltklimarats“ (*Intergovernmental Panel on Climate Change*, IPCC) von 2014 gilt international als unbestritten, dass selbst ein optimiertes *business as usual* nicht mehr tragbar ist, wenn die gravierendsten Folgen des menschengemachten Klimawandels noch abgewendet oder entscheidend gemildert werden sollen. Diese Einsicht begründet, warum Klimapolitik transformativ sein muss. Klimapolitik hat weitreichende Implikationen, die praktisch alle Bereiche menschlicher Entwicklung betreffen.

Deshalb ist das Pariser Abkommen auch von weitreichender entwicklungspolitischer Bedeutung. Das Pariser Abkommen verankert endlich auch die



Anpassung an den Klimawandel als Handlungsfeld internationaler Zusammenarbeit, insbesondere mit Blick auf besonders vulnerable Entwicklungsländer. Die damit verbundenen Vereinbarungen über Finanzierungsbedarfe und Technologietransfer werden die Entwicklungszusammenarbeit der kommenden Jahre und Jahrzehnte prägen.

Eine vorausschauende und intelligente Verzahnung entsprechender Maßnahmen mit den Zielen (*goals*) und Unterzielen (*targets*) der Agenda 2030 ist notwendig. Denn mangelhafte Anpassungskapazitäten – etwa im Bereich der Wasserversorgung (SDG 6), der Infrastruktur (SDG 9) oder zum Schutz von Ökosystemleistungen (SDG 15) – stehen der Zielerreichung entgegen. Zu einer solchen kohärenten Verzahnung mit Blick auf die Umsetzung des Pariser Klimaabkommens und der Agenda 2030 forscht und berät das DIE auch im Kontext zweier Länderarbeitsgruppen des Postgraduierten-Programms in Vietnam und in Kenia.

Besondere Klima- und entwicklungspolitische Relevanz der Urbanisierung

Besondere Relevanz für die Erfolgsaussichten sowohl der klimapolitischen Ziele als auch einer nachhaltigen globalen Entwicklung insgesamt, hat der globale Urbanisierungstrend – wie im 2016 veröffentlichten Hauptgutachten des Wissenschaftlichen Beirats der Bundesregierung Globale Umweltveränderungen (WBGU) dargestellt.

Der Urbanisierung kommt vor allem deshalb eine herausragende klimapolitische Bedeutung zu, weil mehr als 70 Prozent aller Treibhausgasemissionen aus Städten kommen. Die Wucht und Geschwindigkeit der globalen Verstädterung und der damit verbundenen Implikationen für Klimaschutz und Ressourcenverbrauch sind kaum zu unterschätzen. Allein der Aufbau neuer Infrastrukturen in Schwellen- und Entwicklungsländern entspricht bereits etwa einem Drittel des insgesamt noch zur Verfügung stehenden

Die Zukunft transformativer Politiken

Im Sinne gemeinsamer, aber unterschiedlicher Verantwortlichkeiten für den globalen Klimaschutz und nachhaltige Entwicklung in globalen, nationalen und lokalen Zusammenhängen, muss letztlich jedes Land seinen eigenen Politik- und Technologiemix finden. Dies erfordert nicht nur nüchterne Berechnung und realistische Planung, sondern ist ein zutiefst politischer Verhandlungsprozess, in dem handfeste Konflikte um Ziele und Prioritäten moderiert werden müssen.

Auch wenn das Pariser Klimaabkommen, die Agenda 2030 und die *New Urban Agenda* für sich genommen noch keine Transformation zur Nachhaltigkeit erwirken, so bieten sie fortan doch maßgebliche und dabei international verbindliche Bezugspunkte, die zu Katalysatoren für transformative Politik auf allen Handlungsebenen werden können und müssen. Eine in diesem Sinne zielführende Verknüpfung der Klima-, Nachhaltigkeits- und Urbanisierungsagenden erfordert nun, dass die jeweils multilateral gemachten Zusagen auf nationaler und lokaler Ebene Wirkung entfalten.

Dies gilt universell, aber besonders vordringlich in den energiehungrigen Entwicklungs- und Schwellenländern mit ihren rasch wachsenden Städten und städtischen Mittelschichten. Ohne angemessene Investitionen und die entsprechende technische, institutionelle und vor allem politische Unterstützung werden sich die transformativen Ansprüche der multilateralen Erklärungen leicht wieder im nationalen Tagesgeschäft verflüchtigen.

Das Ziel sollte es sein, durch die schrittweise Umsetzung des Pariser Abkommens und die klimagerechte Operationalisierung der UN-Nachhaltigkeitsziele einen grundlegenden, weltweiten Strukturwandel zu befördern. Die Gestaltungsmöglichkeiten, die sich aus der Urbanisierungsdynamik ergeben, müssen dazu ebenfalls systematisch genutzt werden. Dann kann das globale Klimaabkommen tatsächlich das Ende des fossilen Zeitalters besiegeln und die Dekarbonisierung der Weltwirtschaft im Sinne einer nachhaltigen globalen Entwicklung vorantreiben.



Clara Brandi

Dr. Clara Brandi ist Co-Leiterin des Projekts „Klimalog“ und wissenschaftliche Mitarbeiterin in der Abteilung „Weltwirtschaft und Entwicklungsfinanzierung“. Sie ist Ökonomin und Politikwissenschaftlerin und forscht zu Global Economic Governance mit einem Fokus auf internationalen Handel und Nachhaltigkeit.

die-gdi.de/clara-brandi/



Steffen Bauer

Dr. Steffen Bauer ist Co-Leiter des Projekts „Klimalog“ und wissenschaftlicher Mitarbeiter in der Abteilung „Umweltpolitik und Ressourcenmanagement“. Er ist Politikwissenschaftler und forscht zu internationaler Klimapolitik, nachhaltiger Entwicklung und der Rolle der Vereinten Nationen in der globalen Umweltpolitik.

die-gdi.de/steffen-bauer/



Anna Pegels

Dr. Anna Pegels ist wissenschaftliche Mitarbeiterin in der Abteilung „Nachhaltige Wirtschafts- und Sozialentwicklung“. Sie ist Ökonomin und forscht zu nachhaltiger Energieversorgung und grüner Industriepolitik.

die-gdi.de/anna-pegels/

Eine Welt ohne Hunger ist möglich

Immer noch hungern weltweit fast 800 Millionen Menschen, das entspricht etwa 11 Prozent der Weltbevölkerung und 13 Prozent der Menschen in Entwicklungsländern. Hunger kennzeichnet einen Mangel an Energie- bzw. Kalorienversorgung. Zusätzlich leiden weitere zwei Milliarden Menschen an Mangelernährung, also der Unterversorgung mit Proteinen, Vitaminen, Mineralstoffen und Spurenelementen, dem sogenannten „versteckten Hunger“. Armut und der fehlende Zugang zu Nahrung sind derzeit die Hauptursachen für Ernährungsunsicherheit. Kinder, Frauen, Minderheiten und Menschen in Krisengebieten sind besonders betroffen. Die größte Gruppe der Hungernen sind paradoxerweise Kleinbauern.

Bei der Umsetzung der Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung spielt die Nahrungs- und Ernährungsfrage eine zentrale Rolle. So fordert das globale Nachhaltigkeitsziel 2 (SDG 2), bis zum Jahr 2030 den Hunger zu beenden, Ernährungssicherheit und eine

bessere Ernährung zu erreichen und die Landwirtschaft nachhaltig zu gestalten.

Die zukünftigen Herausforderungen an die globale Ernährungssicherung werden groß, aber nicht unüberwindbar sein. Die Menschheit wächst bis zum Jahr 2100 um zwei bis drei Milliarden Menschen, zum größten Teil in Subsahara-Afrika. Die zunehmende Verstädterung, insbesondere in Entwicklungsländern, wird zu einer verstärkten Marktnachfrage führen und zu einer Produktveränderung: homogener, verpackt, verarbeitet, sicher. Steigende Einkommen ziehen eine größere Nachfrage nach hochwertigen, insbesondere tierischen Produkten nach sich. Weiterer Bedarf an Agrarprodukten wird aus der Bioökonomie erwachsen, wenn zunehmend fossile Rohstoffe durch Biomasse ersetzt werden. Die schon heute stark beanspruchten Agrarflächen können nur noch bedingt ausgeweitet werden. Durch Urbanisierung und Bodendegradierung gehen permanent Agrarflächen verloren. Der

Ausgewählte Arbeiten des DIE rund um Ernährungssicherheit



Konferenz „**Knowledge Platform: Agricultural Finance in Practice: AgriFip**“
23. März 2016, Bonn

Ninth International Dialogue on Water in Agriculture „**Public Private Partnerships in irrigation**“, 1. bis 2. Juni 2016, Bonn

Panel zu **Dürre, Ernährungssicherheit und Migration bei der World Water Week mit UNCCD, IFAD und SIWI**, 28. August bis 2. September 2016, Stockholm



Policies and institutions for assuring pro-poor rural development and food security through bioenergy production: case studies on bush-to-energy and Jatropha in Namibia
Brüntrup, Michael / Katharina Becker / Martina Gaebler / Raoul Herrmann / Silja Ostermann / Jan Prothmann (2016), DIE Studies 90



Large-scale agro-industrial investments and rural poverty: evidence from sugarcane in Malawi Herrmann, Raoul / Ulrike Grote (2015) in: *Journal of African Economies* 24 (5), 645-676

Klimawandel, von zunehmenden Dürren und Überschwemmungen begleitet, führt insgesamt zu einem Rückgang des Produktionspotenzials.

Eine deutliche Steigerung der Nahrungsproduktion ist unausweichlich. Die Welternährungsorganisation schätzt den Zusatzbedarf auf 70 Prozent bis zum Jahr 2050. Dieser Bedarf kann durch geringeren oder geringer steigenden Fleischkonsum sowie durch eine Verminderung von Nahrungsmittelverschwendung und -verlusten reduziert, aber nicht kompensiert werden. Der größte Teil der zusätzlichen Nahrung muss aus Flächenproduktivitätssteigerungen stammen. Die zusätzliche Nachfrage ist eigentlich eine große Chance für die Landwirtschaft, soweit diese fähig ist, zu reagieren. Der Schlüssel sind die Kleinbauern: Nehmen sie diese Möglichkeit wahr und können sie die Nachfrage bedienen, werden gleichzeitig Nahrungsverfügbarkeit und ökonomischer Zugang (aus Verkaufseinnahmen) verbessert. Allerdings ist besonders diese

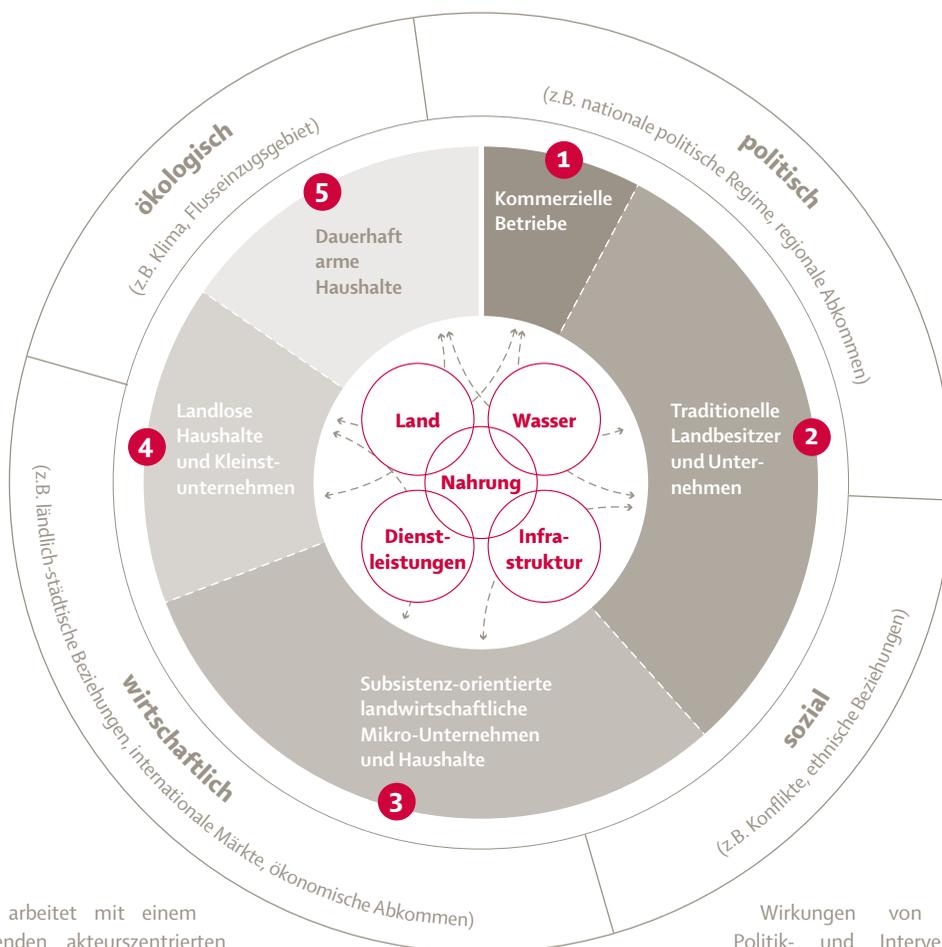
Gruppe auf Unterstützung angewiesen. Es mangelt ihnen an Sicherheit und Risikofähigkeit, modernem Wissen über Produktion und Vermarktung, an Zugang zu Technologie, Betriebsmitteln, Kapital und Krediten, Organisation und Marktmacht, teilweise auch an Rechtssicherheit beim Zugang zu Land und Wasser. Reichen herkömmliche Maßnahmen der Agrarproduktionsförderung nicht aus, müssen eventuell auch drastische Optionen ins Auge gefasst werden wie Fleischrationierung, grüne Gentechnik und urbane industrielle Nahrungsproduktion.

Längerfristig müssen nicht-landwirtschaftliche Beschäftigungsoptionen geschaffen werden, um Einkommen für die Ärmsten zu erzielen und den Strukturwandel zu erleichtern. Viele Jobs können bei der Förderung von arbeitsintensiven Agrar-Wertschöpfungsketten entstehen. In Krisensituationen werden neben ohnehin armen Haushalten auch größere Teile der Bevölkerung bedürftig. In solchen Fällen müssen

soziale Sicherungssysteme zur Verfügung stehen, die nicht erst im Krisenfall aufgebaut werden. Auch Verbesserungen bei der Nahrungsnutzung sind wichtig.

Innovationen in kleinbäuerlich strukturierte und arbeitsintensive Nahrungsmittel-Wertschöpfungsketten, Agrarfinanzierung, das *Mainstreaming* von Ernäh-

rungswissen und -verhalten, Boden-Governance und -Degradierung sowie ländliche Transformation, wie sie auch die deutsche Entwicklungszusammenarbeit mit der Einrichtung der Sonderinitiative „Eine Welt Ohne Hunger“ (SEWOH) des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung



Das DIE arbeitet mit einem übergreifenden akteurszentrierten Modell des ländlichen Raumes, das in Anlehnung an ein Konzept der OECD die ländlichen Haushalte entsprechend ihrer wirtschaftlichen Stellung in fünf ländliche Welten segmentiert. Diese haben unterschiedliche Bedarfe und Potenziale. Ernährungsgefährdete Haushalte nehmen darin einen besonderen Raum ein. Das Modell unterstützt die systematische Analyse der differenzierten

Wirkungen von generellen Politik- und Interventionsmaßnahmen. Darunter fallen Landpolitik, Bewässerungsvorhaben oder Korridorentwicklung, aber auch die Entwicklung von zielgruppenspezifischen Interventionen, etwa soziale Sicherungssysteme oder kapitalextensive agrarökologische Ansätze sowie deren Rückwirkungen auf die anderen Welten und den gesamten ländlichen Raum.

(BMZ) verfolgt, sind wichtige und richtige Akzente. Darüber hinaus gilt es, Synergien zu anderen relevanten Interventionstypen zu schaffen. Nicht-agrarische Wirtschaftsförderungsprogramme sollten gezielt Einkommen für die ärmsten Haushalte schaffen, Klima- und Ressourcenschutzmaßnahmen möglichst produktionsorientiert und armutsmindernd gestaltet werden, und soziale Sicherungssysteme systematisch ernährungsunsichere Haushalte und Ernährungsmaßnahmen einbeziehen. Die Not- und Übergangshilfe muss konsequent mit der Entwicklungszusammenarbeit verknüpft werden.

Es gilt, nicht auf der Mikro- und Meso-Ebene zu verharren, sondern Erfahrungen zu dokumentieren und in die nationale Politik einzubringen. Dazu gehört auch die Förderung von Interessengruppen wie Bauern- und Wirtschaftsverbänden.

Auch das DIE hat ein SEWOH-Vorhaben. Es arbeitet mit dem Modell der fünf Welten, das die ländliche Bevölkerung in fünf Gruppen einteilt, die unterschiedliche Armut- und Ernährungssituationen, Ressourcenausstattung, Entwicklungspotenziale und (Unterstüt-

zungs-) Bedarfe haben. Die Ergebnisse der Forschung zeigen, dass es nicht einmal im ländlichen Raum einen einheitlichen Weg zur Verbesserung der Ernährungslage geben kann. Nur differenzierte und gleichzeitig abgestimmte Maßnahmenbündel können dieses Ziel unter Berücksichtigung von Interaktionen zwischen den „Welten“ erreichen. Um lösungsorientierte Ansätze zur Welternährung zu verzahnen, müssen Politikfelder wie Agrar-, Handels- und Investitions-, (Bio-) Energie-, Klimaschutz-, Biodiversitäts-, Gesundheits-, Bildungs-, Forschungs- und Wirtschaftspolitik künftig stärker aufeinander abgestimmt werden. Einige Politikfelder beeinflussen die Ernährung in Deutschland, andere haben Auswirkungen auf internationale Märkte, auf Entwicklungsländer und direkt auf vom Hunger bedrohte Menschen. Eine systematische Prüfung von Politikmaßnahmen auf Kohärenz mit Ernährungszielen, und das a priori sowie begleitend, wäre wünschenswert, auch wenn sicher nicht alle Interessenkonflikte vermieden werden können. Die Agenda 2030, die explizit nationale und internationale Politikebenen verknüpft, unterstützt diese Sicht.



Michael Brüntrup

Dr. Michael Brüntrup ist wissenschaftlicher Mitarbeiter in der Abteilung „Nachhaltige Wirtschafts- und Sozialentwicklung“. Er ist Agrarwissenschaftler mit Ausrichtung Ökonomie. Er forscht und berät zu Fragen der Agrarentwicklung, ländlichen Entwicklung und Ernährungssicherung und hat einen geographischen Schwerpunkt auf Subsahara-Afrika.

die-gdi.de/michael-bruentrup/



Aimée Hampel-Milagrosa

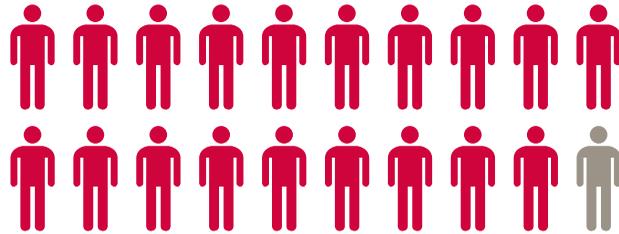
Dr. Aimée Hampel-Milagrosa ist wissenschaftliche Mitarbeiterin in der Abteilung „Nachhaltige Wirtschafts- und Sozialentwicklung“. Sie ist Agrar- und Entwicklungsökonomin und forscht zu Privatsektorentwicklung und zu Ernährungssicherheit.

die-gdi.de/aimée-hampel-milagrosa/

Flucht und Vertreibung als entwicklungspolitische Herausforderung: Die MENA- Region im Brennpunkt

Ende 2015 waren 65 Millionen Menschen weltweit auf der Flucht – so viele wie noch nie in der Geschichte der Menschheit. Trotz stark gestiegener Flüchtlingszahlen in Deutschland und Europa und infolgedessen einer fundamental veränderten öffentlichen Wahrnehmung: Die globale Flüchtlingskrise bleibt in erster Linie eine Krise der Entwicklungs- und Schwellenländer. Die Mehrheit der weltweit Fliehenden kommt nicht nur aus Entwicklungs- und Schwellenländern, die meisten verlassen auch das eigene Herkunftsland oder die Region nicht. Etwa ein Viertel der weltweit Fliehenden und Vertriebenen halten sich in der Region Nahost/ Nordafrika (MENA) auf. Betroffen sind aber nicht nur Menschen aus den gegenwärtig zerfallenden Staaten Syrien, Irak und Jemen, sondern auch Personen, denen Staatlichkeit bislang verwehrt wurde: Palästinensische Flüchtlinge oder jene aus der Westsahara, die zum Teil seit Jahrzehnten in Lagern leben, werden häufig vergessen.

Neben Terror, Repression, Hunger oder Naturkatastrophen liegt der Hauptgrund für die stark gestiegenen Flüchtlingszahlen weltweit in bewaffneten Konflikten. Ihre Intensität und ihre Anzahl haben innerhalb der vergangenen Jahre weltweit massiv zugenommen. Die Flüchtlingskrise ist daher in erster Linie eine Krise der internationalen Friedens- und Sicherheitspolitik. Häufig entsteht eine fatale Wechselwirkung von innergesellschaftlichen Auseinandersetzungen um Macht, Anerkennung und Chancen sowie einer Außenwelt, die Aggressoren den Zugang zu Waffen und Geld ermöglicht. Es greift zu kurz, Konflikte und Kriege wie in Syrien oder dem Jemen allein mit dem westlichen Lebensstil und seinen Auswirkungen auf Entwicklungsländer, der Geo- oder Nahostpolitik der USA oder internationalen Waffenexporten zu erklären. Kriege und Bürgerkriege resultieren oftmals aus einer Verzahnung unterschiedlicher Faktoren, die ökonomischer, sozialer, historischer,



19 von 20 Flüchtlingen und Vertriebenen haben nur drei Länder der Region als Heimat: Syrien, Irak und Jemen.

ökologischer, ethnischer bis hin zu (geo-)politischer Natur sein können.

Entwicklungspolitik kann eine wichtige Rolle als Anwalt der betroffenen Zivilbevölkerungen spielen und dafür werben, die Prävention von gewaltsamen Konflikten zur politischen Maxime zu machen. Dafür muss es allerdings auch ein Ziel der Entwicklungspolitik sein, (potenzielle) Konflikte zu entschärfen. Es ist falsch, anzunehmen, dass Entwicklungspolitik schnell und einfach etwas gegen die Ursachen von Flucht und Vertreibung bewirken kann: Entwicklungspolitik wirkt langfristig – auch, wenn kurzfristig Leid gemindert und Schlimmeres verhindert werden kann. Flüchtlingen in den Hauptaufnahmeländern muss eine bessere Zukunftsperspektive gegeben werden; es gilt, lokale Verwaltungen einzubinden und zu unterstützen und Menschen in Lagern nicht nur zu „verwalten“. Soweit dies in den Aufnahmeländern politisch und sozial durchsetzbar ist, sollten die Flüchtlinge auch aktiv am

wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Leben teilhaben. Dies verhindert die potenziell angelegten Konflikte zwischen den Neuankömmlingen und Aufnahmegesellschaften, und gilt sowohl für reale Konflikte, etwa bei Verdrängungseffekten auf dem Arbeitsmarkt, als auch für lediglich empfundene Konflikte.

Der Ausgangspunkt einer politischen Krise findet sich oft in Situationen, in denen der Anteil der Flüchtlinge an der Gesamtbevölkerung bereits hoch ist bzw. er auf absehbare Zeit hoch bleibt – wie etwa im Libanon und Jordanien. Entwickelt sich darüber hinaus noch die sozio-ökonomische Situation im Aufnahmeland negativ und werden der individuelle Status und/oder die kollektive Identität als bedroht wahrgenommen, dann ist auch hier eine politische Krise wahrscheinlich. Ferner kann die staatliche Fragilität in Aufnahmeländern zunehmen, wenn die Kritik an der Flüchtlingspolitik im Aufnahmeland aufgrund von wenig inklusiver Regierungsführung unterdrückt wird.

Übergreifende gesellschaftliche und politische Konflikte – d.h. nicht nur zwischen Flüchtlingen und Aufnahmegemeinden – werden unter diesen Bedingungen zunehmend gewaltsam ausgetragen. Sie haben nun ihrerseits das Potenzial, neue Flucht und Vertreibung im ehemaligen Aufnahmeland auszulösen. Die kurz- bzw. mittelfristige Krisenbewältigung ist daher in zentralem entwicklungspolitischen Interesse, damit Flucht, Vertreibung und Flüchtlingsaufnahme nicht (Mit-)Ursache für weitere „Fluchtgenerationen“ werden. Im Fall von krisenhaft „scheiternden“ Staaten wie Syrien, dem Irak oder Jemen wird nachhaltige Entwicklung und Entwicklungskooperation erst auf dem Wege der Krisenbewältigung ermöglicht.

Die internationale Entwicklungszusammenarbeit muss jedoch vor allem langfristig zukünftigen, primären Konflikt- bzw. Fluchtursachen entgegenwirken, indem sie neben dem Kampf gegen Armut, Hunger und Klimawandel auch die Schaffung inklusiver und gleichzeitig widerstandsfähiger politischer Strukturen stärker in den Fokus nimmt. Friedensförderung, Krisenprävention sowie die Förderung von

Demokratie und Rechtsstaatlichkeit sollten daher als Schwerpunktthemen der Entwicklungspolitik gestärkt werden. Auch wenn die Demokratie als Herrschaftsform weltweit betrachtet seit Jahren auf dem Rückzug zu sein scheint und Bürgerkriege und Gewalt zunehmen, so steht doch eines fest: Wenn es an demokratischer Teilhabe mangelt, können Konflikte sehr schnell eskalieren, Staaten instabil werden und kollabieren. Leider haben westliche Geberländer autoritäre Regime gerade in der MENA-Region unterstützt, in der Absicht auf diese Weise kurzfristige politische „Stabilität“ zu generieren. In der Zukunft müssen sich Geberländer in autoritär geführten Staaten auf einen Spagat einlassen und vor allem die Wohlfahrt und Teilhabe der Bürger in diesen Ländern verbessern – jedoch ohne dabei die herrschenden Regime weiter zu stärken oder zu legitimieren. Dazu muss Entwicklungspolitik auch enger mit der Zivilgesellschaft zusammenarbeiten. Das alles ist sehr zäh, langwierig und gewährt auch keine Garantien, dass dauerhaft Krisen, Kriege und Massenflucht verhindert werden können. Es gibt allerdings keinen besseren Weg.



Benjamin Schraven

Dr. Benjamin Schraven ist wissenschaftlicher Mitarbeiter in der Abteilung „Umweltpolitik und Ressourcenmanagement“. Er ist Sozialwissenschaftler und arbeitet zu den Themenbereichen Migration (insbesondere Umweltmigration), Fluchtursachen und ländliche Entwicklung.

die-gdi.de/benjamin-schraven/

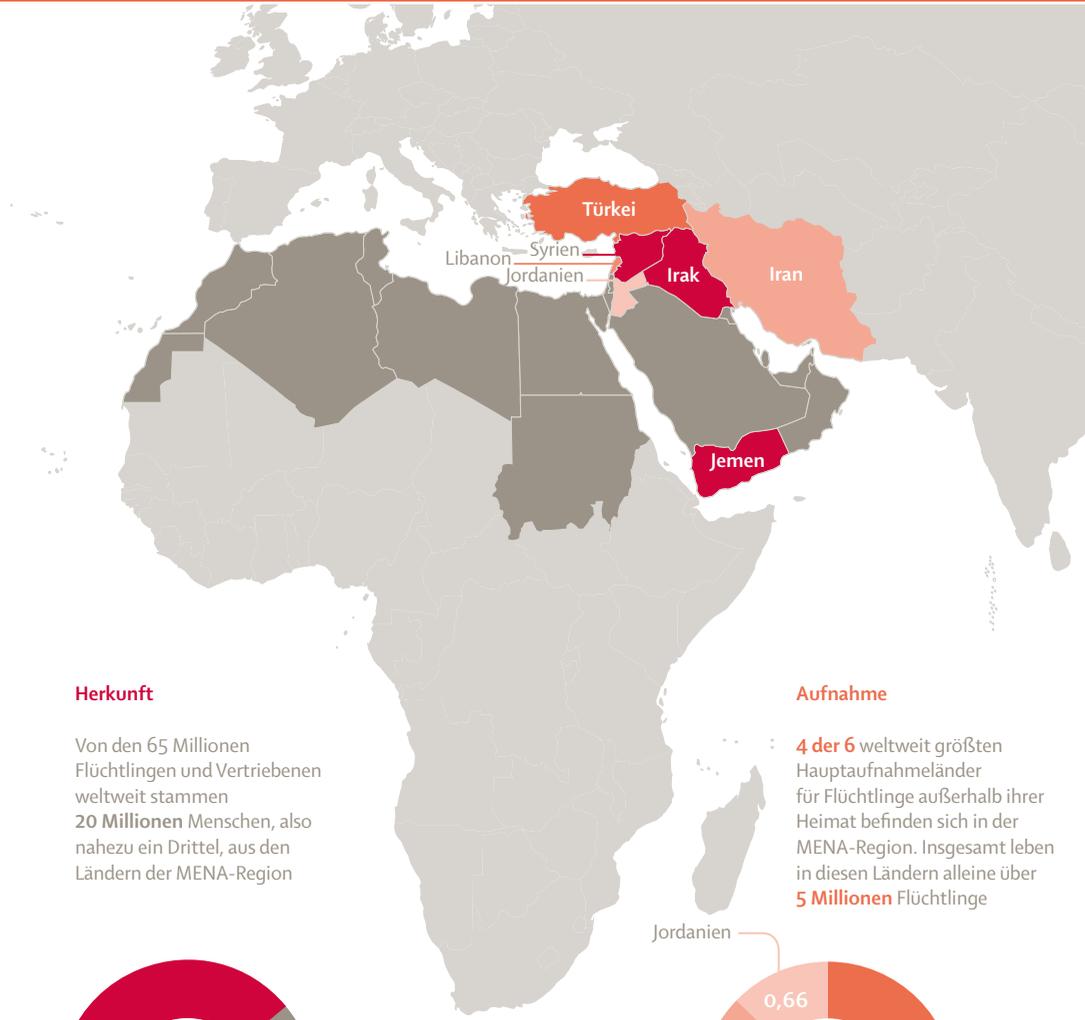


Bernhard Trautner

Prof. Dr. Bernhard Trautner ist wissenschaftlicher Mitarbeiter in der Abteilung „Governance, Staatlichkeit und Sicherheit“. Er ist Honorarprofessor für vergleichende Regierungslehre an der Universität Tübingen und berät die Bundesregierung zu Fragen der Entwicklung und Stabilisierung im Nahen Osten.

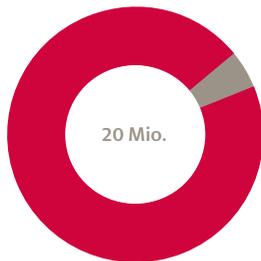
die-gdi.de/bernhard-trautner/

Die MENA-Region und insbesondere der Nahe Osten stehen im Fokus der globalen Flüchtlingskrise:



Herkunft

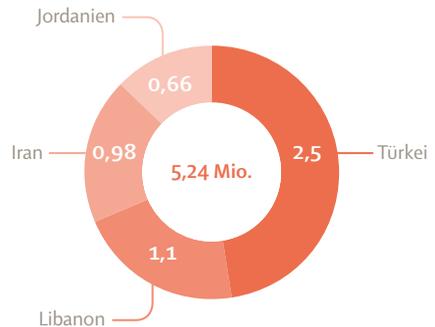
Von den 65 Millionen Flüchtlingen und Vertriebenen weltweit stammen **20 Millionen** Menschen, also nahezu ein Drittel, aus den Ländern der MENA-Region



19 Millionen Flüchtlinge und Vertriebene haben nur drei Länder der Region als Heimat: Syrien, Irak und Jemen

Aufnahme

4 der 6 weltweit größten Hauptaufnahmeländer für Flüchtlinge außerhalb ihrer Heimat befinden sich in der MENA-Region. Insgesamt leben in diesen Ländern alleine über **5 Millionen** Flüchtlinge



Leit



idee



Governance vernetzter Versorgungsrisiken: Der Nexus Wasser-Energie-Nahrung

Mit der Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung haben die Vereinten Nationen ein ehrgeiziges Programm formuliert. Wenn die 17 Ziele – und insbesondere die Ziele Ernährungssicherheit (SDG 2), Wassersicherheit (SDG 6), Energiesicherheit (SDG 7), Bekämpfung des Klimawandels (SDG 13) und Schutz von Landökosystemen (SDG 15) – erreicht werden sollen, wird dies, gemeinsam mit den Auswirkungen globaler Trends wie dem Klimawandel, die Konkurrenz in der Nutzung von Wasserressourcen, Energieträgern und Land verstärken. Investitionen sind in großem Maße zu tätigen und Dienstleistungen müssen entscheidend verbessert werden, um die Unterversorgung zu überwinden und die allgemeine Wohlfahrt zu steigern. Denn weltweit haben alleine etwa 1,8 Milliarden Menschen keinen Zugang zu sauberem Trinkwasser, knapp zwei Milliarden leiden unter Mangelernährung, 2,6 Milliarden haben keinen Zugang zu modernen Energieträgern und weitere 2,4 Milliarden

Menschen leben ohne adäquate Sanitärversorgung.

Um diese vernetzten Versorgungsrisiken anzugehen, bieten isolierte, miteinander um Ressourcen konkurrierende Sektorpolitiken keine tragfähigen Lösungen. Der Nexus-Ansatz wendet sich gegen Silopolitiken und fordert in der Konsequenz eine vernetzte Problembearbeitung, eine koordinierte Steuerung und angemessene Governance. Wie diese aussehen könnte, ist Gegenstand eines BMZ-finanzierten Nexus-Forschungsprojekts am DIE.

Beispiele von negativen Auswirkungen unkoordinierter Politiken und Aktivitäten sind allzu bekannt: Wenn die intensive Nutzung land- und forstwirtschaftlicher Flächen am Flussoberlauf gefördert wird und zur Erosion von Böden führt, hat dies nicht nur negative Folgen für den Anbau von Nahrungsmitteln, sondern auch für den Hochwasserschutz und die Trinkwassergewinnung aus Talsperren. Wenn Fischbestände durch den Betrieb von Trinkwassertalsperren

Fallstudien	Nexus-Perspektive	Mechanismen und Instrumente
Behandlung und Energiegewinnung in städtischen Abwassersystemen (Indien)	Wasser-Energie	Preispolitik, Auflagen
Behandlung und Wiederverwendung von städtischen Abwässern (Brasilien)	Wasser-Energie(-Nahrung)	Preispolitik, Auflagen
Reduzierung landwirtschaftlicher Einträge in Gewässer (Deutschland)	Wasser-Land-Nahrung	Kooperationsverträge in Wassereinzugsgebieten
Zahlungen von Kraftwerken an Landwirte für Ökosystemleistungen (Kolumbien)	Wasser-Energie-Nahrung	Zahlungen für Ökosystemleistungen
Planung von Bewässerungsvorhaben (Sambia)	Wasser-Nahrung-Umwelt	Interministerielle Mechanismen, Abgaben, Lizenzen, Planungsinstrumente
Nexus-Management in internationalen Flussgebieten	Wasser-Energie-Umwelt	Internationale Flussgebiets- und regionale Energieorganisationen

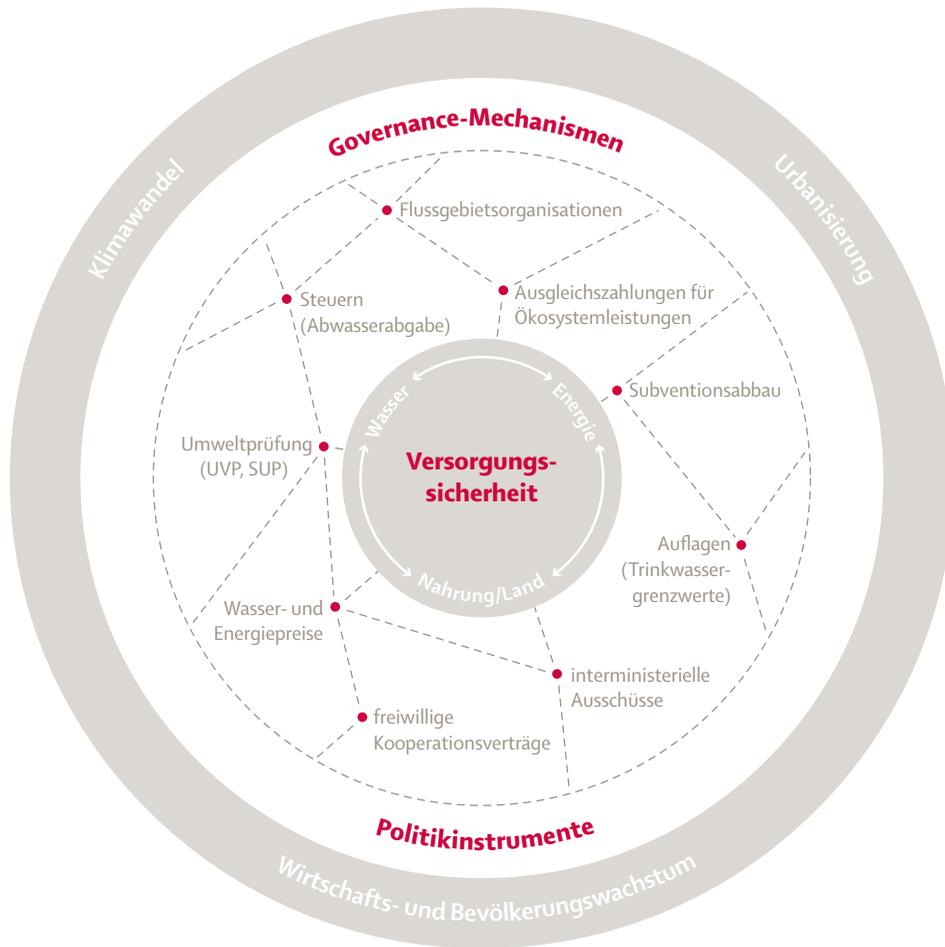
oder Wasserkraftanlagen dezimiert werden, kann dies die Ernährungssituation der Menschen, die am Unterlauf leben, beeinträchtigen. Auch kann die Einleitung ungeklärter Siedlungs- und Industrieabwässer und Rückflüsse aus der Landwirtschaft zu gesteigerten Gesundheitsrisiken führen und Wasserknappheitsprobleme verstärken. Maßnahmen des Klimaschutzes können den Druck auf Wasser- und Landressourcen erhöhen, wenn diese, wie die Produktion von Bioenergiepflanzen, erhebliche Wassermengen verbrauchen und damit in Konkurrenz mit der Produktion von Nahrungsmitteln stehen.

Tatsächlich gibt es wenige Forschungsarbeiten, die untersuchen, wie die Governance intersektoraler Interdependenzen in der Nutzung von Wasser, Energie und Land verbessert werden kann. In einer Reihe von Ländern (s. Box) untersucht das DIE, welche Anreizstrukturen, Governance-Mechanismen (wie interministerielle Komitees oder Flussgebietsorganisationen)

und Politikinstrumente (wie Standards, Steuern, freiwillige Vereinbarungen) negative intersektorale Effekte verursachen, welche sie zu reduzieren vermögen und wie Synergien gefördert werden können. Erste Ergebnisse der Länderstudien zeigen:

Governance-Mechanismen und Politikinstrumente spielen eine wichtige Rolle für den Umgang mit intersektoralen Interdependenzen.

Freiwillige Vereinbarungen zwischen Wasserwerken und Landwirten in Deutschland haben durch die Finanzierung kulturtechnischer Maßnahmen die Stickstoffeinträge in Trinkwassertalsperren deutlich reduziert – und zwar ohne, dass dies zu Ertragseinbußen der Landwirte führte. Dabei finanzieren die Wasserwerke über eine Verrechnung mit der Wasserentnahmeabgabe die Maßnahmen der Landwirte und sparen im gleichen Atemzug Kosten für eine aufwändige Trinkwasseraufbereitung. Die freiwilligen Verein-



Quelle: Deutsches Institut für Entwicklungspolitik (DIE)

barungen zwischen Wasserwerken und Landwirten wurden wesentlich durch die Einführung eines europäischen Grenzwerts für Nitrat im Trinkwasser befördert.

In Kolumbien zahlen Betreiber von Wasserkraftwerken für den Erhalt von Wäldern, um Sedimenteinträge in Talsperren zu minimieren, aber auch für die Stilllegung von Ackerflächen, um Wasserschutzgebiete zu sichern. Und in internationalen Flussgebieten haben Flussgebietsorganisationen dazu beigetragen, negative Auswirkungen von Wasserkraftprojekten auf Nachbarstaaten bei der Projektplanung zu berücksichtigen, so geschehen beim ostafrikanischen Rusumo-Falls-Wasserkraftprojekt.

Der Governance-Mechanismus oder das Politikinstrument muss in einen adäquaten, durchsetzbaren Instrumentenmix eingebettet sein.

Um die Wiederverwendung von geklärten Abwässern und Energieeinsparungen in Klärwerken zu stimulieren, müssten über Wasser- und Energiepreise Anreize geschaffen werden. Ebenso wichtig ist, so zeigt das Beispiel Indien, die Schließung regulatorischer Lücken – in diesem Fall u.a. die Entwicklung von operativen Richtlinien zur Verwendung von Klärschlämmen.

Ein anderes Beispiel ist die Einführung von zwei Instrumenten im sambischen Wassergesetz (2011), einem Genehmigungsverfahren und einer Wasser-



entnahmeabgabe, die die intersektorale Konkurrenz regulieren und den Ressourcenverbrauch steuern sollen. Ob die Wasserbehörde diese Instrumente umsetzen können, dürfte auch davon abhängen, ob über andere Maßnahmen positive Anreize für die beiden großen Nutzergruppen (Energie- und Agrarunternehmen) geschaffen werden.

Interessen und Machtasymmetrien führen zu einer mangelnden Berücksichtigung intersektoraler Interdependenzen.

Während in Kolumbien Kraftwerksbetreiber aus Eigeninteresse dafür Sorge trugen, dass negative Effekte der Landnutzung im Oberlauf auf das Kraftwerk reduziert wurden, ignorieren sie bislang, dass das Kraftwerk zu einem Rückgang der Fischbestände führt und damit die Lebensgrundlage der Fischer im Unterlauf tangiert.

Im Falle des Mekong hat China bislang eine Mitgliedschaft in der Mekong-Flusskommission verweigert und sich somit Verpflichtungen entziehen können, für die negativen Folgen seiner am Oberlauf errichteter Staudämme aufzukommen. Die vier Mitgliedsstaaten der Mekong-Kommission hingegen haben sich zu einer vorherigen gegenseitigen Benachrichtigung (*prior notification*) bei Investitionsvorhaben

verpflichtet und *Guidelines for Sustainable Hydropower* verfasst. Gleichzeitig zeigen die Auseinandersetzungen um den laotischen Xayaburi-Damm, dass die Auslegung dieser Richtlinien zwischen den beteiligten Ländern durchaus umstritten sein kann.

Nexus-Governance muss auch als Mehrebenen-Governance konzipiert werden.

Stoffliche Interdependenzen fallen nicht immer mit den Grenzen von Gebietskörperschaften zusammen. Daher erfordert eine Mehrebenen-Governance z.B. bei Wasserkraftprojekten an grenzüberschreitenden Flüssen eine Koordinierung von der lokalen über die staatliche bis hin zur zwischenstaatlichen Ebene. Gleichzeitig gelten Politikinstrumente in der Regel für ganze Gebietskörperschaften und zielen nicht ab auf die Steuerung von Einzelproblemen und Einzelprojekten, so dass Kohärenz auch über die normative Ausrichtung und Zielsetzung von Sektorpolitiken angestrebt werden muss.

Die Forschung zu Nexus-Governance am DIE zeigt: Es geht nicht so sehr um die Einrichtung neuer Nexus-Institutionen, sondern um eine adäquate Kombination verschiedener existierender Governance-Mechanismen und Politikinstrumente über verschiedene Ebenen hinweg.



Ines Dombrowsky

Dr. Ines Dombrowsky leitet die Abteilung „Umweltpolitik und Ressourcenmanagement“. Sie ist Institutionenökonomin und Umwelttechnikerin und forscht zu Mehrebenen-Umweltgovernance mit einem Fokus auf Wasser und den Nexus Wasser-Energie-Land-Klima. die-gdi.de/ines-dombrowsky/



Waltina Scheumann

Dr. Waltina Scheumann ist wissenschaftliche Mitarbeiterin in der Abteilung „Umweltpolitik und Ressourcenmanagement“. Sie ist Politikwissenschaftlerin und Doktorin der Ingenieurwissenschaften und forscht zu Themen rund um Wasser-Governance und den Nexus Wasser-Energie-Land. die-gdi.de/waltina-scheumann/

Neue Herausforderungen für die europäische Außen- und Entwicklungspolitik

Die Grenzen zwischen europäischer Innen- und Außenpolitik verschwimmen zunehmend. Die Flüchtlingskrise, der Europa seit 2015 begegnet, zeigt: Fehlt nachhaltige Entwicklung in anderen Teilen der Welt, stellt dies eine direkte Herausforderung für Europa dar. Gleichzeitig beeinflusst Europa selbst aufgrund der Größe seiner gemeinsamen Wirtschaft maßgeblich nachhaltige Entwicklung in anderen Regionen. Eine europäische Politik, die das globale Gemeinwohl in den Vordergrund stellt, ist somit im eigenen Interesse der EU und dringlicher denn je.

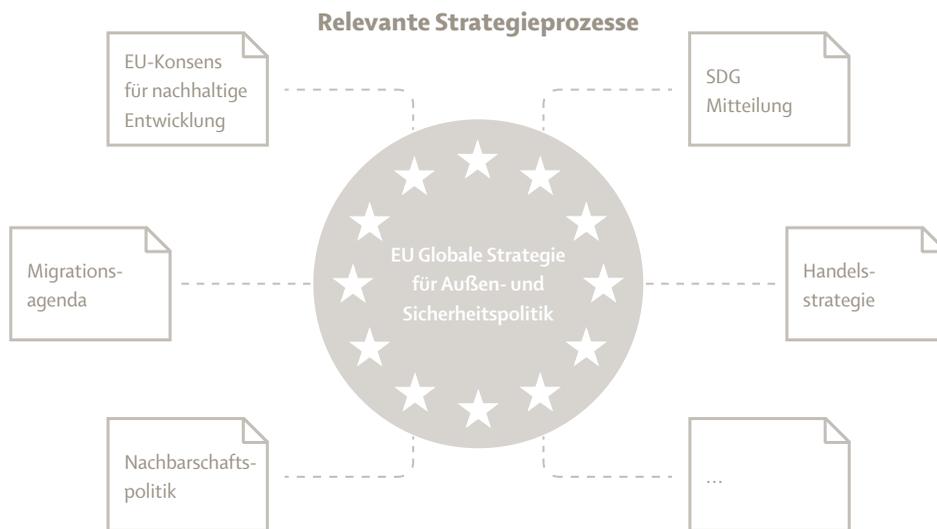
Europa ist derzeit nicht in bester Verfassung, sich für globale nachhaltige Entwicklung einzusetzen. Das Referendum in Großbritannien, in dem sich im Sommer 2016 eine knappe Mehrheit von 52 Prozent für den Brexit ausgesprochen hat, die Eurokrise, die strukturelle Krise in Nahost und Nordafrika, terroristische Anschläge und die wachsende Bedeutung von populistischen Bewegungen in vielen Mitglieds-

staaten stellen die Europäische Union vor große Herausforderungen. Obwohl einzelne Mitgliedsstaaten im Alleingang immer weniger globalen Einfluss haben, betonen viele Regierungen eher nationale als europäische Lösungen.

Mit dem Amtsantritt der Vizepräsidentin der Europäischen Kommission und Hohen Vertreterin Federica Mogherini im Herbst 2014 hat die Europäische Union begonnen, neue gemeinsame Visionen und Strategien für europäisches Außenhandeln zu definieren. Diese Strategieprozesse sollen helfen, eine gemeinsame, nachhaltige Antwort auf die politischen und wirtschaftlichen Krisen in Europa zu formulieren.

Im Juni 2016 veröffentlichte Federica Mogherini ihre neue Globale Strategie für Europäische Außen- und Sicherheitspolitik – unmittelbar nach dem Referendum in Großbritannien. Dies war ein positives Signal, dass die EU und ihre Mitgliedsstaaten trotz der politischen Krise in der Außen- und Sicherheitspolitik

Mehr Kohärenz in den EU-Außenbeziehungen zur Förderung globaler nachhaltiger Entwicklung?



Quelle: Deutsches Institut für Entwicklungspolitik (DIE)

enger zusammenarbeiten wollen. In engen Konsultationen mit den Mitgliedsstaaten, Vertretern aus der Zivilgesellschaft und Wissenschaft hat Mogherini die globale Strategie der EU zuvor erarbeitet. Das Deutsche Institut für Entwicklungspolitik (DIE) hat zusammen mit der European Think Tanks Group (ETTG) im Rahmen von Publikationen und Veranstaltungen Handlungsempfehlungen in diesen Prozess eingebracht.

Mit ihrer neuen Außenstrategie will sich die EU weltweit für Sicherheit, Wohlstand und Demokratie engagieren. Dabei rückt sie auch die Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung in den Fokus; ein Thema, für das sich das DIE zusammen mit der ETTG besonders eingesetzt hatte. Die Strategie setzt einen klaren Schwerpunkt auf Europas Nachbarschaft „im Osten und Süden“. Sie stärkt die Kooperation mit Regionen; die Zusammenarbeit mit strategischen Partnern wie China, Indien, Brasilien, Südafrika, etc. hingegen spielt

bedauerlicherweise keine Rolle. Sie versucht in Sicherheitsfragen die Trennung zwischen der Innen- und Außenpolitik zu überwinden. Zudem will die EU mehr Gewicht auf Global Governance und die Verrechtlichung internationaler Beziehungen legen. Mitgliedsstaaten und EU-Institutionen sollen stärker an einem Strang ziehen (*joined-up-Ansätze*). Sie sollen insbesondere in der Sicherheits- und Verteidigungs-, aber auch in der Entwicklungs-, Handels-, Energiepolitik und humanitären Hilfe enger zusammenarbeiten. Entwicklungspolitik soll dafür enger mit den strategischen Prioritäten der EU verknüpft und flexibler werden.

Parallel zur Erarbeitung der globalen Strategie der EU hat in der europäischen Entwicklungspolitik die Überarbeitung des Europäischen Konsens für Entwicklung begonnen. Der Konsens, bei dem sich die Kommission, das Europäische Parlament und die Mitgliedsstaaten im Jahr 2005 zum ersten Mal auf eine gemeinsame Perspektive für europäische

Arbeiten des DIE zur Globalen Strategie der EU



ETTG-Konferenz am 1.-2. März 2016 in Berlin mit hochrangigen Vertretern der EU-Institutionen, EU-Mitgliedsstaaten und von Think Tanks. Botschafter Wolfgang Ischinger hielt die Eröffnungsrede.

Informelle Diskussionsrunden und Mittagsgespräche mit Vertretern der EU-Institutionen und den Mitgliedsstaaten in Brüssel und Berlin in 2015 und 2016



The European Union's Global Strategy: putting sustainable development at the heart of EU external action Gavas, Mikaela / Christine Hackenesch / Svea Koch / James Mackie / Simon Maxwell (2016). European Think Tanks Group

The European Union's Global Strategy: making support for democracy and human rights a key priority Hackenesch, Christine / Clare Castillejo (2016). European Think Tanks Group



Verbunden, umstritten und komplex – Warum Europa eine globale Strategie braucht Messner, Dirk / Ewald Wermuth / Giovanni Grevi / Teresa Ribera / Kevin Watkins Die aktuelle Kolumne, 06.07.2015



Towards a „Sustainable Development Union“: why the EU must do more to implement the Agenda 2030 Hackenesch, Christine / Adolf Klope-Lesch / Svea Koch / Ingeborg Niestroy / Imme Scholz (2016). Briefing Paper 6/2016

Die European Think Tanks Group (ETTG) vereint vier führende europäische Think Tanks, die sich mit internationaler Entwicklung befassen: das Deutsche Institut für Entwicklungspolitik (DIE), das European Centre for Development Policy Management (ECDPM), das Overseas Development Institute (ODI) und das Institut du développement durable et des relations internationales (Iddri). ettg.eu

Entwicklungspolitik geeinigt hatten, soll grundlegend erneuert werden. Hier ist es auch an der Wissenschaft, den Prozess aktiv zu begleiten. Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler des DIE argumentieren, dass der neue Konsens deutliche Fortschritte bei der entwicklungspolitischen Zusammenarbeit der EU und ihrer Mitgliedsstaaten machen muss. Gleichzeitig sollte vom Konsens ein starkes Signal ausgehen, dass die EU bereit ist, den Handlungsauftrag der Globalen Strategie und der Agenda 2030 umzusetzen und die Verbindung zwischen der Entwicklungspolitik und anderen Politikbereichen, wie insbesondere Sicherheit, Migration, humanitärer Hilfe, Handel, Umwelt oder Klima, zu stärken.

Die Diskussion über den Brexit birgt die Gefahr, dass die EU kurz- bis mittelfristig erst einmal mit sich selbst beschäftigt ist – obwohl wir ein starkes Europa global dringender brauchen denn je. Erst durch eine enge europäische Kooperation und die Nutzung komparativer Vorteile einzelner Akteure kann Europa international einen Unterschied machen. Unter den Bedingungen weit fortgeschrittener Globalisierung und enger internationaler Verflechtungen können einzelne Mitgliedstaaten (einschließlich der *big three* – Großbritannien, Deutschland und Frankreich) im Alleingang auf der internationalen Bühne immer weniger ausrichten. Nicht zuletzt der scheidende US-Präsident Obama hatte die Briten vor ihrem Referendum – vergeblich – daran erinnert, dass sie als Teil der EU deutlich mehr internationalen Einfluss haben, als wenn sie sich wechselnde Koalitionen suchen müssten.

In 2015 hat die EU gezeigt, dass sie gerade durch gemeinsames Auftreten eine wichtige und konstruktive Rolle spielen kann, etwa bei der Verabschiedung des Klimaabkommens im Dezember 2015 in Paris oder bei den Verhandlungen zur Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung, die im September 2015 in New York verabschiedet wurde. Der Erfolg dieser Abkommen und damit die Möglichkeit, globale Herausforderungen positiv zu beeinflussen, hängen auch davon ab, ob Europa selbst



mit gutem Beispiel vorangeht und die Agenda 2030 in Europa selbst umsetzt, bspw. durch Veränderungen in den Konsum- und Produktionsmustern, einer nachhaltigeren Gestaltung der Agrar- und Energiepolitik und einer Reduzierung von Treibhausgasemissionen.

Es bleibt zu hoffen, dass die EU aus der Not eine Tugend macht und den Brexit als Chance begreift, sich in der Außen- und Entwicklungspolitik besser aufzustellen und enger zu kooperieren. Der Vertrag von Lissabon hat 2009 den Versuch unternommen, die EU besser in die Lage zu versetzen, international gemeinsam zu handeln. Er hat die europäische Außenpolitik institutionell gestärkt, aber dabei viele operationelle Fragen offen gelassen. Auch die EU-Bürger erwarten, dass die EU global enger und besser zusammenarbeitet. Laut einer Umfrage des Pew Research Center vom Juni 2016 wünschen sich knapp 75 Prozent der Befragten aus zehn europäischen Ländern, dass die EU eine aktivere Rolle als globaler Akteur spielt. Die EU muss durch konkretes Handeln anstelle von schöner Rhetorik deutlich machen, dass sie einen positiven und nachhaltigen Beitrag zur Lösung der vielfältigen Krisen und Konflikte in ihrer Nachbarschaft und zur Bearbeitung globaler Herausforderungen leisten kann und damit wieder näher an die Erwartungen ihrer Bürger heranrückt.



Christine Hackenesch

Dr. Christine Hackenesch ist wissenschaftliche Mitarbeiterin in der Abteilung „Bi- und multilaterale Entwicklungspolitik“. Sie ist Politikwissenschaftlerin und forscht zur Rolle der EU als Akteur für globale Entwicklung und zu Chinas Politik in Afrika.

die-gdi.de/christine-hackenesch/



Niels Keijzer

Niels Keijzer ist wissenschaftlicher Mitarbeiter in der Abteilung „Bi- und multilaterale Entwicklungspolitik“. Er ist Sozialwissenschaftler und forscht zur Rolle der EU als Akteur für globale Entwicklung.

die-gdi.de/niels-keijzer/

Arbeiten des DIE zum Europäischen Konsens für Entwicklung



Diskussionsbeitrag im Europäischen Parlament während der ersten Aussprache im Entwicklungsausschuss zum Europäischen Konsens am 20. April 2016

ETTG-Side-Event organisiert zusammen mit der Generaldirektion Entwicklung und Internationale Kooperation bei den European Development Days zur Reform des Konsens am 16. Juni 2016 in Brüssel

Fachgespräch mit Vertretern der Zivilgesellschaft, der EU-Institutionen und des BMZ am 29. Juni 2016 in Bonn



The future of the „European Consensus on Development“ Henökl, Thomas / Niels Keijzer (2016) Briefing Paper 5/2016



Beitrag zur öffentlichen Konsultation der Europäischen Kommission zum Europäischen Konsens für Entwicklung, Henökl, Keijzer, Hackenesch et al 2016

G20 – Eine neue Rolle für Forschung und Politikberatung

Die G20 wurde 2008 als Koordinationsforum auf der Ebene der Staats- und Regierungschefs der wichtigsten Wirtschaftsnationen etabliert. In der internationalen Finanzkrise 2008/2009 wendete die G20 durch koordinierte Politiken eine globale Wirtschaftskrise erfolgreich ab. Damals wurde unmittelbar klar, warum ein wirtschaftliches Koordinationsforum auf globaler Ebene notwendig ist. Die Schwellenländer in der G20 halfen, das globale Wirtschaftswachstum aufrecht zu halten, und wirkten in Zusammenarbeit mit den Industrieländern als Stabilitätsanker, in ihrem eigenen wie im globalen Interesse.

Seither geht es nicht mehr um unmittelbare wirtschaftliche Krisenbekämpfung. Die Weltwirtschaft ist inzwischen in einen Modus relativer Stagnation übergegangen, aus dem bisher kein Ausweg erkennbar ist. Niedriges Wirtschaftswachstum und rückläufiger Welthandel sind zum *new normal* der Weltwirtschaft geworden. Liegen die Ursachen dafür in nachlassen-

der Innovationskraft, oder gibt es doch Wege, der relativen Stagnation und De-Globalisierung durch monetäre und fiskalische Stimulierung und durch koordinierte Strukturpolitiken wieder zu entkommen? Die G20 versuchte 2016 unter chinesischer Präsidentschaft Antworten darauf zu geben, indem sie in allen Bereichen koordinierte Schritte vereinbarte.

Der Trend zur De-Globalisierung wird durch die politischen Entwicklungen der jüngsten Zeit verstärkt: Geopolitische Konfliktlinien sind erneut aufgebrochen; nationalistische Tendenzen und eine Rückkehr zur Identitätspolitik nehmen weltweit zu; Flüchtlingsströme, Brexit und die Dysfunktionalität der Europäischen Währungsunion haben Europa in eine existenzielle Krise gebracht. Angesichts stagnierender Einkommen der Mittelschichten in entwickelten Ländern haben Globalisierung und Handelsliberalisierung, die in vielen Entwicklungsländern seit jeher als ungerecht empfunden wurden, weltweit an Legitimität ver-



loren. Die Balance zwischen nationaler demokratischer Legitimität und einer regelgebundenen, globalen Ordnung scheint grundsätzlich in Frage gestellt.

In dieser kritischen Lage hat die internationale Gemeinschaft 2015 allerdings wegweisende Beschlüsse gefasst, die ein höheres Maß an internationaler Kooperation erfordern: die Klimaschutzvereinbarungen von Paris und die globalen Nachhaltigkeitsziele, die in New York verabschiedet wurden. Vor diesem Hintergrund erhält die G20 eine völlig neue Aufgabe: Sie muss in dieser komplexen Weltlage für ein Mindestmaß an internationaler Kooperation sorgen, um ein weiteres Abrutschen der Weltwirtschaft zu verhindern. Gleichzeitig muss sie grenzüberschreitende Lösungen finden, um die Vereinbarungen von 2015 nicht zur Makulatur werden zu lassen.

Die G20 trägt in dieser schwierigen Situation doppelte Verantwortung. Einerseits muss sie als Kollektiv handeln, andererseits müssen die Staats- und Regie-

rungschefs in ihren Mitgliedsländern glaubwürdig vermitteln, dass es Kompromisse zwischen nationaler Souveränität und internationaler Kooperation geben muss, wenn die grenzüberschreitenden Herausforderungen – die einzelne Länder nicht für sich alleine lösen können – bewältigt werden sollen. Politische Kommunikation muss, wenn sie glaubwürdig sein soll, von sichtbaren politischen Aktionen begleitet werden. Hier geht es um eine grundlegende Reform des Wirtschaftens auf nationaler und globaler Ebene. Die Funktionalität des internationalen Finanzsystems steht seit der Finanzkrise in Frage. Fehlanreize für Banken und Kapitalmärkte müssen weiter korrigiert werden, um realwirtschaftlichen Zielen, ökologischer Nachhaltigkeit und sozialem Ausgleich ein größeres Gewicht zu geben. Das wachsende Auseinanderklaffen zwischen Kapital- und Arbeitseinkommen muss durch neue Wege der Besteuerung von Kapitaleinkünften korrigiert werden. Beides ist nur durch enge interna-

tionale Kooperation und verbindliche, internationale Vereinbarungen möglich. Die G20 ist die Institution, welche die entscheidenden Signale setzen kann, um entsprechende Prozesse unter Einbeziehung aller Länder und der internationalen Organisationen in die Wege zu leiten.

Mit dem deutschen Vorsitz der G20 im Jahr 2017 hat sich das DIE noch intensiver mit der G20 als Akteur der Global Governance beschäftigt. Die Komplexität der internationalen Herausforderungen mag dazu beigetragen haben, dass die G20 eine größere Offenheit gegenüber der Wissenschaft zeigte. Erstmals wurden die T20 (Think 20), eine Gruppe von Forschungsinstituten und Think Tanks aus den G20-Ländern, in systematischer Weise als Akteur in den Diskurs der G20-Arbeitsgruppen und Sherpa-Stäbe eingebunden. Bereits in der Vorbereitung zu diesem intensiven Prozess des Wissenschaftsdialogs konnte das DIE auf die langjährigen Arbeitsbeziehungen in seinem Netzwerk Managing Global Governance mit Instituten und Think Tanks aus den G20-Schwellenländern bauen. In Partnerschaft mit dem Institut für Weltwirtschaft (IfW) in Kiel wurden neun thematische Arbeitsgruppen mit Instituten aus den G20-Ländern gebildet,



Peter Wolff

Dr. Peter Wolff ist Leiter der Abteilung „Weltwirtschaft und Entwicklungsfinanzierung“. Er ist Ökonom und forscht zu Global Economic Governance und internationaler Finanzierung.

die-gdi.de/peter-wolff/

die gemeinsame Lösungen für länderübergreifende Probleme erarbeiten und das beste verfügbare Wissen bündeln, um tragfähige Lösungen zur Reform des internationalen Finanzsystems, der internationalen Kooperation in Steuerfragen und anderen Themen zu entwickeln. Die Webseite T20Germany.org und die Web-Plattform der thematischen Arbeitsgruppen sind zu wichtigen Medien für den internationalen Wissenschafts- und Politikdialog zu diesen Fragen geworden.

Der Wissenschaft kommt bei der Bewältigung der globalen Herausforderungen eine neue Rolle zu. Dies ist nicht zuletzt im Prozess der Vereinten Nationen zur Umsetzung der Agenda 2030 offenkundig geworden. Die Bewältigung globaler Herausforderungen und die Lösung von Zielkonflikten zwischen den verschiedenen Nachhaltigkeitsdimensionen erfordern ein Zusammenspiel von wissenschaftlichen Disziplinen, ein neues Verständnis von transformativer Wissenschaft und vor allem einen Perspektivwechsel jenseits des G7-Wissenschaftsdiskurses, der auf eine gemeinsame Wissensproduktion mit den Ländern des Südens setzt. In Deutschland gehört das DIE zu den Pionieren in diesem Feld und hat auch deshalb eine führende Rolle in der T20 während des deutschen G20-Vorsitzes.



Thomas Fues

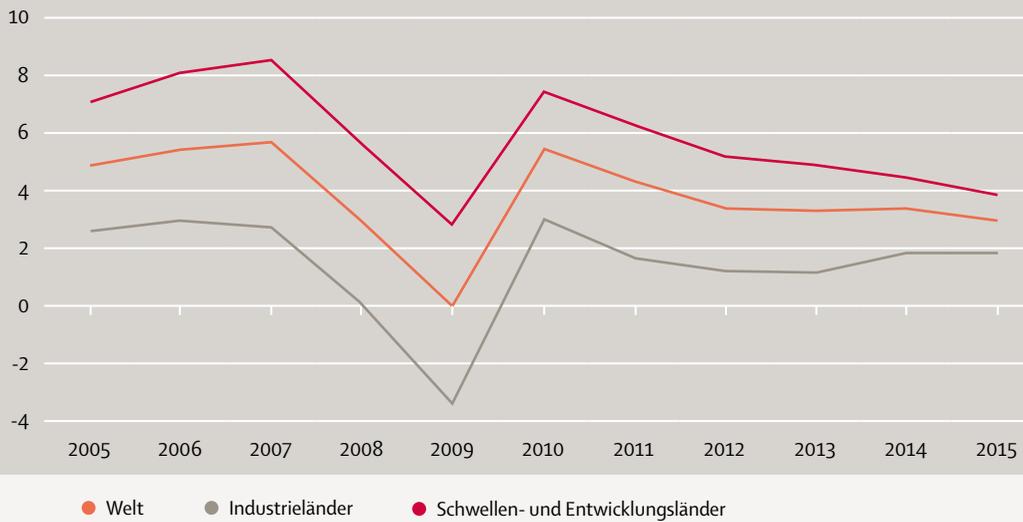
Dr. Thomas Fues ist Leiter der Abteilung „Ausbildung“. Er ist Ökonom und arbeitet zu Fragen von Global Governance.

die-gdi.de/thomas-fues/



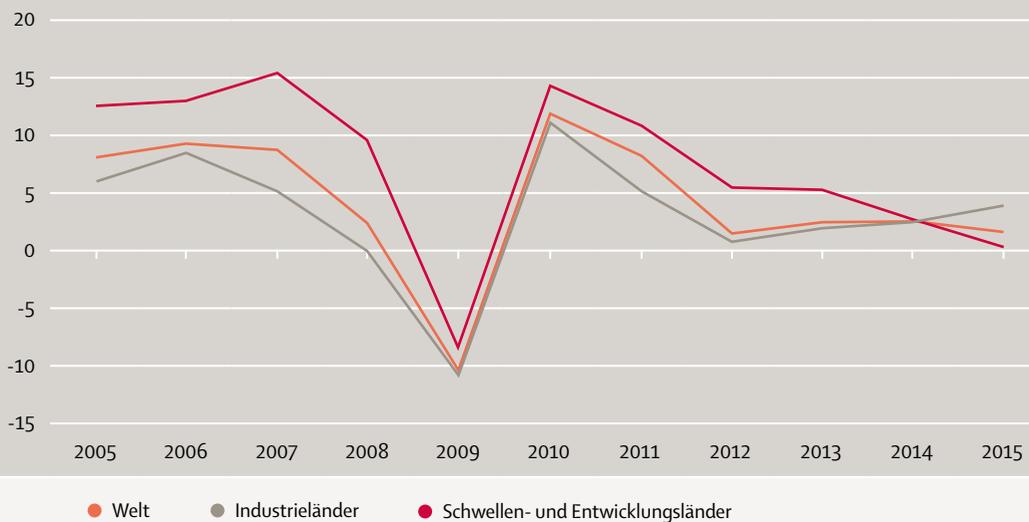
Wachstum des Bruttoinlandsprodukts (BIP)

in Prozent



Wachstum des Imports von Gütern und Dienstleistungen

in Prozent



Perspektiv



wechsel



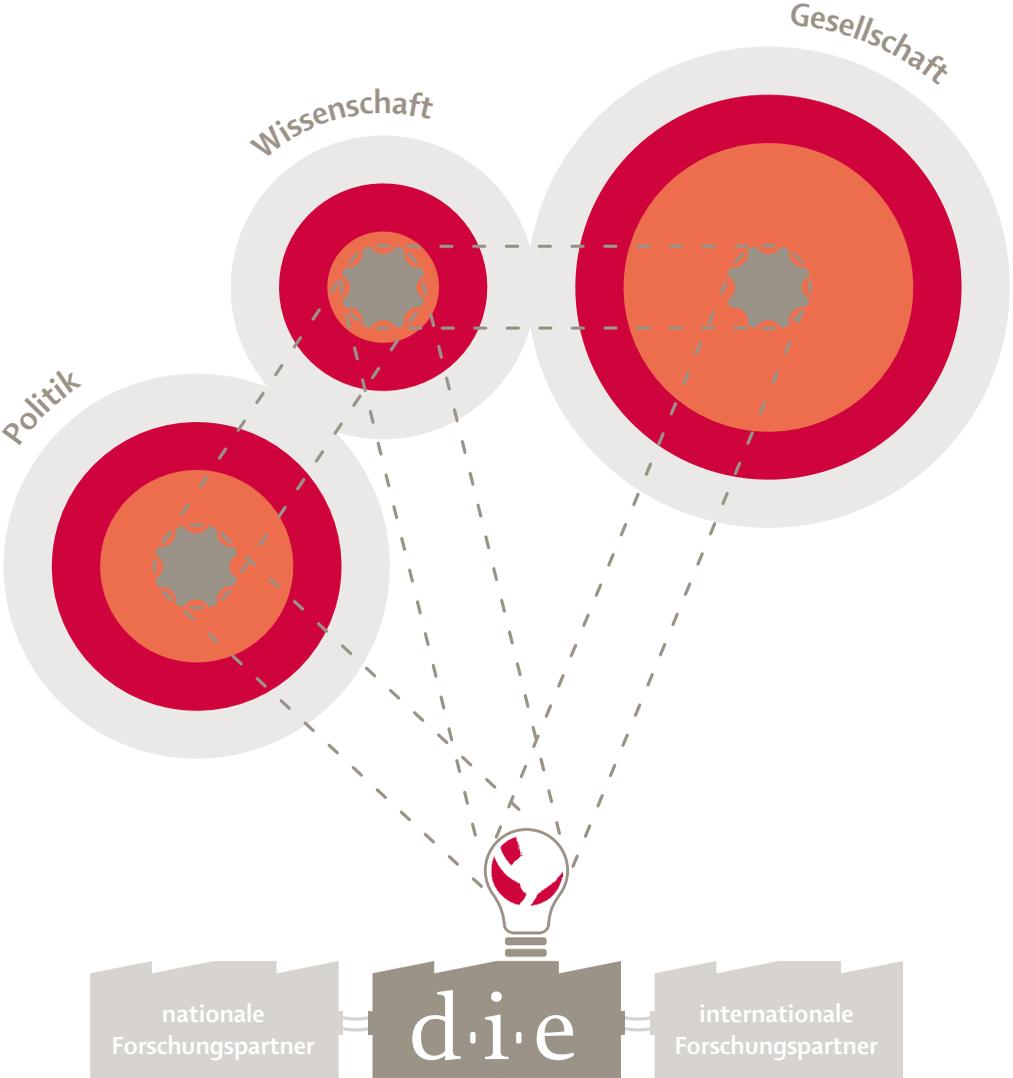
Wissenschaftliche Beratung ...

... ist eine zentrale Aufgabe des Deutschen Instituts für Entwicklungspolitik (DIE). Mit der zunehmenden Komplexität politischer Themen wandelt sich auch die forschungsbasierte Beratung; sie erfolgt zunehmend in globalen Zusammenhängen. Aufstrebende Mächte sowie private Akteure und Organisationen werden bedeutsamer.

Global vernetzt entwickelt das DIE Politikempfehlungen zu nachhaltiger Entwicklung und internationaler Kooperation. Seine Adressaten in Politik, Gesellschaft und Wissenschaft berät das DIE auf deutscher, europäischer und internationaler Ebene. Die Forschenden greifen frühzeitig globale Trends auf, bündeln Diskurse und leiten aus den Ergebnissen Handlungsoptionen und politikrelevante Konzepte ab. Dabei verankert das DIE entwicklungsrelevante Themen zunehmend in angrenzenden Communities, etwa in der Außen- und Sicherheits-, Umwelt-, Klima- sowie der Forschungspolitik.

Wissenschaftliche Beratung zielt auf Wirkung

Messbare Wirkungselemente sind dabei der Output, z.B. die Anzahl an Publikationen, als Basis für Kommunikation, um ein Ergebnis zu erzielen. Dazu zählen in der *Wissenschaft* hochrangige, sichtbare Diskussionsbeiträge, u.a. gemessen an Zitationen, die Vernetzung mit Forschungspartnern sowie Mitgliedschaften in wissenschaftlichen Beiräten. Die Mitgestaltung *gesellschaftlicher Diskussionen* über Dialogprojekte, Veranstaltungen und Medienbeiträge zeigt sich auch bei der Webseiten-Leserschaft sowie den Followern des DIE in sozialen Netzwerken. In der *Politik* sind die Drittmittelaufträge ebenso wie der Zugang zu Entscheidungsträgern im BMZ und anderen Ressorts, der EU oder internationaler Organisationen wichtige Kriterien. Exzellente Bewertungen in verschiedenen Politikbereichen, etwa im Think-Tank-Ranking der Pennsylvania University, zeugen von der internationalen Wahrnehmung des DIE.



Ebenen der wissenschaftlichen Beratung
● global ● europäisch ● national

Quelle: Deutsches Institut für Entwicklungspolitik (DIE)



Kommunikation und Öffentlichkeitsarbeit

Das DIE betreibt integrierte Wissenschaftskommunikation. Diese verbindet Presse- und Öffentlichkeitsarbeit mit Aspekten der Wissensdiffusion. Sie erfolgt über zielgruppenspezifische On- und Offline-Instrumente, im Rahmen von Netzwerken auch gemeinsam mit nationalen und internationalen Partnern. Die externe Kommunikation des DIE wendet sich u.a. an politische Akteure, entwicklungspolitische Expertinnen und Experten aus Wissenschaft und Praxis, Entscheidungsträger in Entwicklungs- und Schwellenländern, Förderinstitutionen sowie an die Medien und eine internationale, entwicklungspolitisch interessierte Öffentlichkeit. Das DIE setzt auf einen crossmedialen Ansatz, um Themen des Instituts in der Öffentlichkeit und in den Medien zu platzieren (Agenda Setting) und um mit seinen Zielgruppen in Dialog zu treten. Die Kommunikations- und Veranstaltungsformate zielen darauf ab, die Sichtbarkeit der wissenschaftlichen Expertise des DIE bei Entscheidungsträgern und

Multiplikatoren zu erhöhen sowie ein vertrauensvolles Verhältnis zu Forschungs- und Kooperationspartnern auf- und auszubauen. Schwerpunkte der zunehmend digitalen Kommunikation liegen neben dem institutionellen Webseiten-Auftritt und projektspezifischen Mikro-Webseiten – z.B. klimalog.info oder t20germany.org – auf einer starken Präsenz in Sozialen Medien. Das DIE ist bei Facebook, Twitter, LinkedIn, Flickr, Storify, Periscope und YouTube vertreten und unterhält einen eigenen Blog. In Form von (interaktiven) Grafiken, wie dem "NDC Explorer", treibt das DIE auch die Wissensvisualisierung voran. Ein Newsletter und klassische Pressearbeit runden das Portfolio ab. Medienkooperationen, z.B. mit ZEITonline, euractiv, dem Diplomatischen Magazin und der Frankfurter Rundschau, tragen dazu bei, die Themen und Expertise des DIE auch jenseits der Wissenschafts- und Entwicklungs-Community sichtbar zu machen.



1.574.944

Webseiten-Aufrufe*



**Beiträge von Mitarbeiterinnen und
Mitarbeitern in den Medien***
(Interviews, Gastbeiträge etc.)



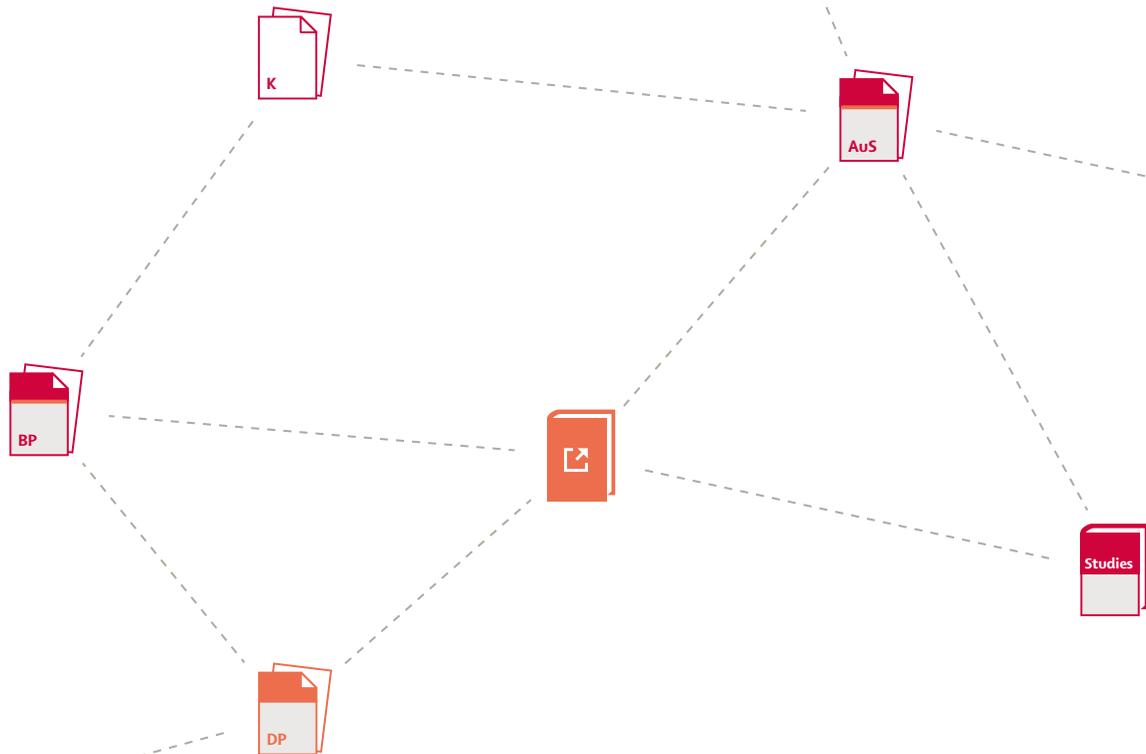
Wiedergabezeit auf YouTube*

Publizieren im Wandel der Zeit

Die Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler des DIE veröffentlichen ihre Forschungsergebnisse in den eigenen Reihen des Instituts, aber auch sehr erfolgreich bei anderen Zeitschriften- und Buchverlagen. Eigene Reihen sind *Analysen und Stellungnahmen (Briefing Paper)*, *Discussion Paper*, *Studies* und *Die aktuelle Kolumne*. Zur Unterstützung des wissenschaftlichen Stabes und zur Sicherung der Qualität der Veröffentlichungen verfügte das Institut deshalb über ein eigenes, deutschsprachiges, wissenschaftliches Lektorat. Allerdings haben veränderte und weiterentwickelte Forschungs-, Beratungs- und Ausbildungsstrategien nicht nur die Arbeit im wissenschaftlichen Bereich geprägt. Die erheblich erweiterte Zusammenarbeit in internationalen Netzwerken veränderte die Publikationsstätigkeit auch in den Serviceeinrichtungen.

Deshalb hat sich das DIE 2013 entschieden, das traditionell am Institut bestehende eigene deutschsprachige Lektorat aufzugeben und eine Publika-

tionsstelle einzurichten, die sich ausschließlich um die organisatorischen, rechtlichen und vertraglichen Aspekte des Publikationsprozesses kümmert. Es zeigte sich, dass das Publizieren im nationalen und internationalen Kontext mit einer guten administrativen Unterstützung unter Einbindung externer Übersetzer und Lektoren zu einer deutlichen Entlastung im wissenschaftlichen Stab, für das DIE aber auch zu mehr Rechtssicherheit im Eigenverlag, im Umgang mit internen und externen Autoren sowie für die Zusammenarbeit mit anderen Verlagen führt. Eines der vorrangigen Ziele war, Forschungs-, Beratungs- und Ausbildungsergebnisse in gleicher Qualität schneller zu veröffentlichen. In der Publikationsstelle wird daher kontinuierlich viel Zeit und Aufmerksamkeit in die Anleitung der externen Dienstleister, die Qualitätssicherung und Standardisierung sowie in die Transparenz von Arbeitsabläufen investiert. Außerdem können so die im Eigenverlag des DIE erscheinenden Reihen mit



einem klareren Profil versehen und im Zusammenspiel mit der Stabsstelle Kommunikation mit einem guten Marketingkonzept hinterlegt werden. Parallel dazu wurde die technische Produktion der eigenen Reihen und sonstiger Druckerzeugnisse des Instituts qualitativ hochwertig und wirtschaftlich umgestaltet. Daraus entstanden ist ein System aus eigener Produktion, Teilfertigungen in Kooperation mit externen Druckereien und Abgaben an Druckereien, mit denen Verträge zur Vollfertigung vereinbart sind.

Die Umgestaltung des früheren Lektorats zu einem modernen Dienstleistungsbereich hat sich bewährt. Der Publikationsprozess ist erheblich verkürzt, gleichzeitig kann flexibel, schnell und Corporate Design-konform auf wissenschaftliche Anforderungen reagiert werden. Mit der Einrichtung der Publikationsstelle ist das DIE den Entwicklungen in Forschung, Beratung und Ausbildung gefolgt und bietet den wissenschaftlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern

eine Umgebung, die das Publizieren am Institut mit Fremdverlagen und im Eigenverlag erleichtert.



Gabriele Kahnert

Gabriele Kahnert leitet die Serviceeinrichtungen des DIE und ist in der Geschäftsleitung als Prokuristin für alle finanziellen und administrativen Angelegenheiten verantwortlich.

die-gdi.de/gabriele-kahnert/

Jahresabschluss 2015

Auszug aus dem Lagebericht

Das Deutsche Institut für Entwicklungspolitik (DIE) führt auf der Grundlage unabhängiger Forschung Beratungs- und Ausbildungsaufgaben durch. Gesellschafter sind die Bundesrepublik Deutschland und das Land Nordrhein-Westfalen mit einer institutionellen Anteils- sowie Projektfinanzierung in Form von Zuwendungen.

Das DIE wurde überwiegend durch institutionelle Zuwendungen des Bundes und des Landes Nordrhein-Westfalen finanziert.

Für die Erledigung ihrer Aufgaben hat die Gesellschaft im abgelaufenen Geschäftsjahr von den beiden Gesellschaftern Nettozuwendungen im Rahmen der institutionellen Förderung in Höhe von T€ 5.348,6 (Vorjahr T€ 5.164,2) beansprucht.

Die daneben vom BMZ, BMBF, BMUB und dem Land NRW erhaltenen Projektmittel betragen insgesamt T€ 4.464,9 (Vorjahr T€ 3.547,2). Über diese

Mittel hinaus hat das DIE Erträge aus Beratungs- und Ausbildungsleistungen sowie Drittmittelforschung in Höhe von T€ 310,7 (Vorjahr T€ 845,5) erzielt.

Der Bestand an in Arbeit befindlichen Drittmittelprojekten hat sich um T€ 1.444,7 auf T€ 3.342,5 erhöht.

Aufgrund der gestiegenen Projektfördermittel konnte die Gesellschaft ihre Forschungs- und Beratungstätigkeit im Vergleich zu den Vorjahren weiter ausbauen.

Die Aus- und Fortbildungstätigkeit des DIE umfasste im Geschäftsjahr die Schlussausbildung des 50. Ausbildungsgangs und die ersten Studienmonate des im September 2015 begonnenen 51. Ausbildungsgangs mit je 18 Teilnehmenden.

Die Teilnehmer des 50. Ausbildungsgangs schlossen im Mai 2015 ihre Forschungen in den Gastländern Philippinen, Tansania und Ruanda ab und verfassten anschließend ihre Abschlussberichte.

Gewinn- und Verlustrechnung		
	2015	2014
	Euro	Vorjahr Euro
Gewöhnliche Geschäftstätigkeit		
Erträge Zuschüsse i. Rahmen instit. Förderung	5.391.107,62	5.093.180,93
Erträge aus dem Projektgeschäft	4.775.601,53	4.392.718,97
Veränderungen d. Bestandes unfertige Erzeugnisse	1.444.733,60	411.774,30
Sonstige betr. Erträge	300.213,01	275.505,02
Personalaufwand	-7.024.958,15	-6.259.323,94
Abschreibung auf Vermögensgegenstände	-192.466,61	-169.147,84
Aufwendungen der Verwaltung	-3.762.555,30	-2.690.599,56
Aufwendungen des Betriebes	-605.715,45	-722.630,67
Zuführung SoPo Zuschüsse Anlagevermögens	-326.305,38	-331.822,34
Erträge aus anderen Wertpapieren	345,13	345,13
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	0,00	0,00

Darüber hinaus fand im Rahmen des gemeinsam von DIE und der Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) durchgeführten Dialog- und Weiterbildungsprogramms *Managing Global Governance* die MGG Academy 2015 statt.

Am Ende des Berichtsjahres 2015 gehörten dem DIE 127 Beschäftigte an, davon waren 81 im wissenschaftlichen Bereich, 39 in den Serviceeinrichtungen, sechs in der Stabsstelle Kommunikation und eine Auszubildende zur Kauffrau für Büromanagement tätig.

Aktiva		
	2015	2014
	Euro	Vorjahr Euro
A. Anlagevermögen	1.017.506,27	970.595,61
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	45.397,50	76.637,50
II. Sachanlagen	609.005,97	522.563,50
III. Finanzanlagen	363.102,80	371.394,61
B. Umlaufvermögen	1.632.497,56	1.968.857,24
I. Unfertige Erzeugnisse	2.242,11	64.927,04
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	867.111,71	765.448,96
III. Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten	763.143,74	1.138.481,24
C. Rechnungsabgrenzung	67.274,63	51.499,40
I. Aktive Rechnungsabgrenzung	67.274,63	51.499,40
Summe Aktiva:	2.717.278,46	2.990.952,25

Passiva		
	2015	2014
	Euro	Vorjahr Euro
A. Gezeichnetes Kapital	25.564,59	25.564,59
I. Gezeichnetes Kapital	25.564,59	25.564,59
B. Sonderposten zum Anlagevermögen	991.941,27	945.030,61
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	45.397,50	76.637,50
II. Sachanlagen	609.005,97	522.563,50
III. Finanzanlagen	337.537,80	345.829,61
C. Rückstellungen	661.361,00	616.747,00
I. Rückstellungen	661.361,00	616.747,00
D. Verbindlichkeiten	1.038.411,60	1.403.610,05
I. Erhaltene Anzahlungen auf Bestellungen	653.127,73	859.662,50
II. Verbindlichkeit aus Lieferungen und Leistungen	65.534,30	133.885,87
III. Sonstige Verbindlichkeiten	141.901,06	114.749,75
IV. Verbindlichkeiten gegenüber Gesellschafter	177.848,51	295.311,93
E. Jahresüberschuss/-fehlbetrag	0	0,00
Gewinn- und Verlustrechnung	0	0,00
Summe Passiva:	2.717.278,46	2.990.952,25

Wir
bauen Brücken

zwischen Theorie und Praxis



Christine Aigner



Tilman Altenburg



Steffen Bauer



Max-Otto Baumann



Christine Hackenesch



Maria-Theres Haase



Alejandro Guarin



Sven Grimm



Amriah El-Haddad



Christian von Haldenwang



Aimée Hampel-Milagrosa



Benjamin Heil



Okka Lou Mathis



Isabel Mank



Timo Mahn



Markus Loewe



Regine Mehl



Dirk Messner



Sabine Middecke



Jonathan Mockshell



Doris Theisen



Christoph Strupat



Kai Striebinger



Andreas Stamm



Prof. Bernhard Trautner



Boris Ueding



Tanja Vogel



Jörg Volberg



Bettina Beer



Kathrin Berensmann



Axel Berger



Johannes Blankenbach



Jörn Grävingsholt



Antje Girndt



Mark Furness



Evelyn Funk



Jonas Hein



Thomas Henökl



Elke Herrfahrdt-Pähle



Raoul Herrmann



Nannette Lindenberg



Julia Leininger



Merle Kreibaum



Anette Köhler-Rahm



Karina Mross



Maximilian Müngersdorff



Mario Negre



Denis Neumann



Jakob Schwab



Judith Schubert



Benjamin Schraven



Imme Scholz



Ulrich Volz



Jean-David Mukeba Wa Tshiyamu



Philipp Weber



Lisa Wegner



Clara Brandi



Anita Breuer



Dominique Bruhn



Michael Brüntrup



Thomas Fues



Marie-Christine Fuchs



Charlotte Fiedler



Fatia Elsermann



Sören Hilbrich



Sarah Holzapfel



Britta Horstmann



Annabelle Houdret



Svea Koch



Martin Koch



Rita Klüwer



Adolf Kloke-Lesch



Babette Never



Daniel Nowack



Hannes Öhler



Zoryana Olekseyuk



Armin von Schiller



Waltina Scheumann



Alexandra Rudolph



Jean Carlo Rodriguez de Francisco



Silke Weinlich



Peter Wolff



Verena Zehe





Francesco Burchi



Sander Chan



Zeljko Crnic



Florence Dafe



Sandra Dornauf



Nuria Doménech Casares



Ines Dombrowsky



Eva Dick



Merran Hulse



Maxim Injakin



Heiner Janus



Gabriele Kahnert



Stephan Klingebiel



Ina Klemke



Jonas Keil



Niels Keijzer



Sonja Packschies



Pieter Pauw



Anna Pegels



Marie-Luise Philipsenburg



Nicole Rippin



Carmen Richerzhagen



Tatjana Reiber



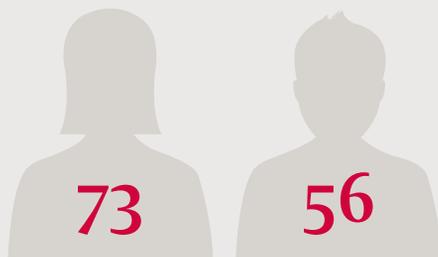
Ina Prager

Heike Ackermann, Lilibeth Acosta-Michlik, Georgeta Auktor, Ulrike Biederbeck, Ingo Bordon, Elke Brüninghaus, Ariana Bystry, Luis A. Camacho Solis, Lara Eulberg, Aurelia Figueroa, Cecilia Fischer, Ina Gampfer, Esther Gehrke, Victoria Gonsior, Paul Groß, Heike Großer, Andrea Herder, Cornelia Hornschild, Kerstin Huck, Vitaliy Isaakov, Franziska Jakobs, Abdullah Khaldy, Alexander Knabe, Gisela Kuhlmann, Sergej Lehmacher, Stefan Leiderer, Karen Meijer, Miriam Nobs, Regina Oettel, Christa Ottersbach, Sebastian Paulo, Neda Pedram, Anna-Carina Petereit, Alexandros Ragoussis, Timo Rinke, Matthias Ruchser, Jennifer Rutowski, Patrycja Salink, Isabel Schäfer, Birgit Schmitz, Nicole Schulz, Sabrina Schulze, Timm Benjamin Schützhofer, Anna Schwachula, Daniel Sessink, Mairer Siemssen, Valerij Sokolov, Katharina Stepping, Mareike Laura Theisling, Andrea Ueding, Petra Vogel, Franziska Wehinger, Christof Weigelmeier, Bernd Weingartz



aus

Ägypten, Aserbaidshan, Deutschland,
Frankreich, Ghana, Irland, Italien,
Kolumbien, Neuseeland, Niederlande,
Österreich, Spanien, Ukraine



Frauen

Männer



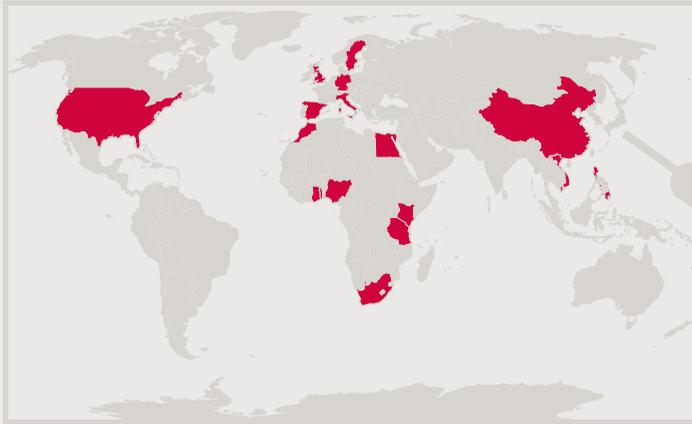
Doktoranden



2015/2016 abgeschlossene
Promotionen

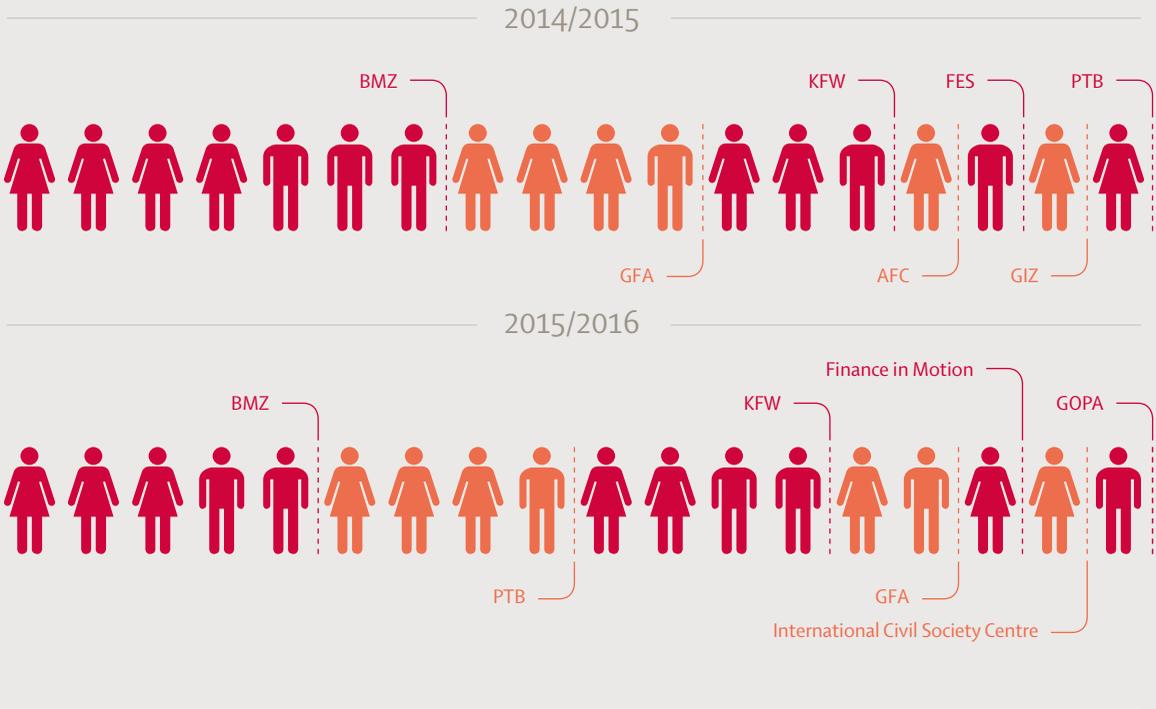


Promovierte



Anzahl der Gastwissenschaftlerinnen und Gastwissenschaftler sowie ihre Herkunftsländer

Teilnehmerinnen und Teilnehmer am Postgraduierten-Programm und Arbeitgeber nach dem Kurs



Erkenntnis





gewinn



Briefing Paper

2016

Kreibaum, Merle

Build towns instead of camps: Uganda as an example of integrative refugee policy

Briefing Paper 19/2016

Baumann, Max-Otto

An executive authority for the UN Development System: why this is necessary and how it could work

Briefing Paper 18/2016

Hampel-Milagrosa, Aimée / Sarah Holzapfel

Diversity and implications of food safety and quality standards in Thailand and India

Briefing Paper 17/2016

Brüntrup, Michael

Revamping the OECD's Five Rural Worlds model for poverty-oriented inter-sectoral analysis, communication and planning

Briefing Paper 16/2016

Burchi, Francesco / Christoph Strupat

The impact of cash transfers on food security in sub-Saharan Africa: evidence, design and implementation

Briefing Paper 15/2016

Hoffmann, Harry / Michael Brüntrup / Clara Dewes

Wood energy in sub-Saharan Africa: how to make a shadow business sustainable

Briefing Paper 14/2016

Richerzhagen, Carmen / Jean Carlo Rodríguez / Katharina Stepping

Why we need more and better biodiversity aid

Briefing Paper 13/2016

Hulse, Merran

Economic Partnership Agreements: implications for regional governance and EU-ACP development cooperation

Briefing Paper 12/2016

Fiedler, Charlotte / Karina Mroß / Jörn Grävingholt

Building peace after war: the knowns and unknowns of external support to post-conflict societies

Briefing Paper 11/2016

Berger, Axel / Clara Brandi

The G20 and the future of the global trading system

Briefing Paper 10/2016

Fues, Thomas / Dirk Messner

G20: Concert of great powers or guardian of global well-being?

Briefing Paper 9/2016

Dick, Eva

Urban governance for sustainable global development: from the SDGs to the New Urban Agenda

Briefing Paper 8/2016

Figueroa, Aurelia

Behaviour matters: improving energy efficiency in informal settlements

Briefing Paper 7/2016

Hackenesch, Christine / Adolf Klocke-Lesch / Svea Koch / Ingeborg Niestroy / Imme Scholz

Towards a „Sustainable Development Union“:

why the EU must do more to implement the 2030 Agenda

Briefing Paper 6/2016

Henökl, Thomas / Niels Keijzer

The future of the „European Consensus on Development“

Briefing Paper 5/2016

Carey, Sabine C. / Neil J. Mitchell

Pro-government militias, human rights abuses and the ambiguous role of foreign aid

Briefing Paper 4/2016

Serdeczny, Olivia / Eleanor Waters / Sander Chan

Non-economic loss and damage: addressing the forgotten side of climate change impacts

Briefing Paper 3/2016

Schraven, Benjamin / Bernhard Trautner /

Julia Leininger / Markus Loewe / Jörn Grävingholt

How can development policy help to tackle the causes of flight?

Briefing Paper 2/2016

Baumann, Max-Otto

ECOSOC Dialogue: a federal structure for the UN Development System?
Briefing Paper 1/2016

2015**Bordon, Ingo / Birgit Schmitz**

Financial stability as a precondition for the financing of sustainable development in emerging and developing countries
Briefing Paper 23/2015

Hoch, Stephan / Britta Horstmann / Axel Michaelowa / Jonas Hein

New climate investments must strengthen sustainable development and minimize trade-offs
Briefing Paper 22/2015

Brandi, Clara / Steffen Bauer / Pieter Pauw / Sander Chan / Okka Lou Mathis

EU climate leadership: five building blocks for ambitious action
Briefing Paper 21/2015

Lindenberg, Nannette / Caroline Pöll

Financing global development: Is impact investing an investment model with potential or just blowing smoke?
Briefing Paper 20/2015

Brandi, Clara / Dominique Bruhn / Nannette Lindenberg

The global regulatory framework for decarbonisation: 3x3 starting points for the reform of global economic governance
Briefing Paper 19/2015

Striebinger, Kai

From military putsch to civilian government: appropriate responses by international actors
Briefing Paper 18/2015

Kreutz, Joakim

Civil war outcomes and a durable peace: setting the record straight
Briefing Paper 17/2015

Brandi, Clara / Axel Berger / Dominique Bruhn

Between unilateralism and multilateralism: opportunities and risks of pioneer alliances in international trade and climate politics
Briefing Paper 16/2015

Berensmann, Kathrin / Axel Berger / Clara Brandi

Post 2015: the need for an enabling global economic governance framework
Briefing Paper 15/2015

Klingebiel, Stephan / Sebastian Paulo

Orchestration: an instrument for implementing the Sustainable Development Goals
Briefing Paper 14/2015

Griffith-Jones, Stephany

Financing global development: The BRICS New Development Bank
Briefing Paper 13/2015

Garroway, Christopher / Helmut Reisen

Financing global development: Beware of 'end poverty' euphoria and trigger-happy reform of concessional finance
Briefing Paper 12/2015

Berensmann, Kathrin / Florence Dafe / Nannette Lindenberg / Ulrich Volz

Financing global development: The role of local currency bond markets in Sub-Saharan Africa
Briefing Paper 11/2015

Brandi, Clara / Birgit Schmitz

Financing global development: The potential of trade finance
Briefing Paper 10/2015

Berger, Axel

Financing global development: Can foreign direct investments be increased through international investment agreements?
Briefing Paper 9/2015

Dafe, Florence / Ulrich Volz

Financing global development: The role of central banks
Briefing Paper 8/2015



Analysen und Stellungnahmen

Keijzer, Niels / Stephan Klingebiel

Financing global development: What role for official development assistance?

Briefing Paper 7/2015

Helgason, Kristinn Sv. / Silke Weinlich

Post-2015: recharging governance of United Nations development

Briefing Paper 6/2015

Berensmann, Kathrin / Silke Weinlich

The G-7 and the post-2015 process: role and deliverables

Briefing Paper 5/2015

Kaul, Inge / Donald Blondin

Let's walk our talk: from the July 2015 Financing for Development Conference in Addis Ababa, Ethiopia, down the Road to Dignity by 2030

Briefing Paper 4/2015

Hein, Jonas / Karen Meijer /

Jean Carlo Rodríguez de Francisco

What is the potential for a climate, forest and community friendly REDD+ in Paris?

Briefing Paper 3/2015

Hess, Janto S. / Pieter Pauw / Elissaios Papyrakis

Can the tourism industry contribute to international adaptation finance?

Briefing Paper 2/2015

Berger, Axel / Clara Brandi

What should development policy actors do about the Transatlantic Trade and Investment Partnership (TTIP)?

Briefing Paper 1/2015

2016

von Haldenwang, Christian / Armin von Schiller

Die Mobilisierung subnationaler Einnahmen ist ein entscheidender Faktor für die Umsetzung der Agenda 2030

Analysen und Stellungnahmen 11/2016

Hoffmann, Harry / Michael Brüntrup / Clara Dewes

Holzenergie im Subsahara-Afrika: Nachhaltigkeit für eine Schattenwirtschaft

Analysen und Stellungnahmen 10/2016

Rudolph, Alexandra

Wie kann Entwicklungszusammenarbeit SDG-sensitiv ausgestaltet werden?

Analysen und Stellungnahmen 9/2016

Kreibaum, Merle

Baut Städte statt Lager: Uganda als Beispiel einer integrativen Flüchtlingspolitik

Analysen und Stellungnahmen 8/2016

Berger, Axel / Clara Brandi

Die G20 und die Zukunft des Welthandelssystems

Analysen und Stellungnahmen 7/2016

Dick, Eva

Städtische Governance für nachhaltige globale Entwicklung: von den SDGs zur New Urban Agenda

Analysen und Stellungnahmen 6/2016

Fiedler, Charlotte / Karina Mroß / Jörn Gravingholt

Frieden nachhaltig fördern: Erkenntnisse der Forschung zur Wirksamkeit von Post-Konflikt-Engagement

Analysen und Stellungnahmen 5/2016

Carey, Sabine C. / Neil J. Mitchell

Regierungsnahen Milizen, Menschenrechtsverletzungen und die ambivalente Rolle der Entwicklungszusammenarbeit

Analysen und Stellungnahmen 4/2016

Henökl, Thomas / Niels Keijzer

Die Zukunft des „Europäischen Konsenses für Entwicklung“

Analysen und Stellungnahmen 3/2016

Dafe, Florence / Ulrich Volz

Finanzierung globaler Entwicklung: Die Rolle der Zentralbanken
Analysen und Stellungnahmen 2/2016

Kreutz, Joakim

Bürgerkriegsausgang und dauerhafter Frieden: warum der Vorteil militärischer Siege überschätzt wird
Analysen und Stellungnahmen 1/2016

2015**Baumann, Max-Otto**

ECOSOC-Dialog: eine föderale Struktur für das VN-Entwicklungssystem?
Analysen und Stellungnahmen 15/2015

Schraven, Benjamin / Bernhard Trautner / Julia Leininger / Markus Loewe / Jörn Grävingholt

Was kann Entwicklungspolitik zur Bekämpfung von Fluchtursachen beitragen?
Analysen und Stellungnahmen 14/2015

Lindenberg, Nannette / Caroline Pöll

Finanzierung globaler Entwicklung: Ist wirkungsorientiertes Investieren ein Investitionsmodell mit Potenzial oder nur ein aktueller Hype?
Analysen und Stellungnahmen 13/2015

Bordon, Ingo / Birgit Schmitz

Finanzstabilität als Vorbedingung für die Finanzierung nachhaltiger Entwicklung in Schwellen- und Entwicklungsländern
Analysen und Stellungnahmen 12/2015

Berensmann, Kathrin / Axel Berger / Clara Brandi

Post-2015: Die 2030-Agenda für nachhaltige Entwicklung braucht adäquate weltwirtschaftliche Rahmenbedingungen
Analysen und Stellungnahmen 11/2015

Brandi, Clara / Dominique Bruhn / Nannette Lindenberg

Der globale Regelrahmen für Dekarbonisierung: 3x3 Ansatzpunkte für die Reform der Global Economic Governance
Analysen und Stellungnahmen 10/2015

Striebinger, Kai

Vom Militärputsch zur Zivilregierung: angemessene Antworten internationaler Akteure
Analysen und Stellungnahmen 9/2015

Berger, Axel

Finanzierung globaler Entwicklung: Können Internationale Investitionsabkommen ausländische Direktinvestitionen erhöhen?
Analysen und Stellungnahmen 8/2015

Brandi, Clara / Axel Berger / Dominique Bruhn

Zwischen Minilateralismus und Multilateralismus: Chancen und Risiken von Vorreiterallianzen in der internationalen Handels- und Klimapolitik
Analysen und Stellungnahmen 7/2015

Klingebiel, Stephan / Sebastian Paulo

Orchestrierung: ein Instrument für die Umsetzung der Sustainable Development Goals
Analysen und Stellungnahmen 6/2015

Berensmann, Kathrin / Florence Dafe / Nannette Lindenberg / Ulrich Volz

Finanzierung globaler Entwicklung: Die Rolle der Märkte für Lokalwährungsanleihen in Subsahara-Afrika
Analysen und Stellungnahmen 5/2015

Keijzer, Niels / Stephan Klingebiel

Finanzierung globaler Entwicklung: Welche Rolle kann öffentliche Entwicklungszusammenarbeit spielen?
Analysen und Stellungnahmen 4/2015

Berensmann, Kathrin / Silke Weinlich

Der Post-2015-Prozess und die G7: ihre Rolle und Aufgaben
Analysen und Stellungnahmen 3/2015

Brandi, Clara / Birgit Schmitz

Finanzierung globaler Entwicklung: Das Potenzial von Handelsfinanzierung
Analysen und Stellungnahmen 2/2015

Berger, Axel / Clara Brandi

Die Transatlantische Handels- und Investitionspartnerschaft (TTIP): was sollte die Entwicklungspolitik tun?
Analysen und Stellungnahmen 1/2015



Discussion Paper

2016

Durand, Alexis / Victoria Hoffmeister / Romain Weikmans / Jonathan Gewirtzman / Sujay Natson / Saleemul Huq / J. Timmons Roberts
Financing options for loss and damage: a review and roadmap
Discussion Paper 21/2016

Grävingsholt, Jörn / Christian von Haldenwang
The promotion of decentralisation and local governance in fragile contexts
Discussion Paper 20/2016

Striebinger, Kai
The missing link: values and the effectiveness of international democracy promotion
Discussion Paper 19/2016

von Haldenwang, Christian
Measuring legitimacy: new trends, old shortcomings?
Discussion Paper 18/2016

Burchi, Francesco / Margherita Scarlato / Giorgio d'Agostino
Addressing food insecurity in sub-Saharan Africa: the role of cash transfers
Discussion Paper 17/2016

Strupat, Christoph
From protection to reduction? The impact of the public health insurance scheme on child labour in Ghana
Discussion Paper 16/2016

Schützhofer, Timm B.
Ecuador's fiscal policies in the context of the citizens' revolution: a 'virtuous cycle' and its limits
Discussion Paper 15/2016

Baumann, Max-Otto
Reforming the UN Development System: can North and South overcome their political differences in making the UN fit for purpose?
Discussion Paper 14/2016

Scholz, Imme / Niels Keijzer / Carmen Richerzhagen
Promoting the Sustainable Development Goals in Germany
Discussion Paper 13/2016

Never, Babette
Wastewater systems and energy saving in urban India: governing the Water-Energy-Food Nexus series
Discussion Paper 12/2016

Mueller, Benjamin / Alexandros Ragoussis
Minorities and trade: what do we know, and how can policymakers take it into account?
Discussion Paper 11/2016

Stephenson, Sherry / Alexandros Ragoussis / Jimena Sotelo
Implications of the Trade in Services Agreement (TiSA) for developing countries
Discussion Paper 10/2016

Niestroy, Ingeborg
How are we getting ready? The 2030 Agenda for Sustainable Development in the EU and its Member States: analysis and action so far
Discussion Paper 9/2016

Paulo, Sebastian / Stephan Klingebiel
New approaches to development cooperation in middle-income countries: brokering collective action for global sustainable development
Discussion Paper 8/2016

Zander, Rauno
Risks and opportunities of non-bank based financing for agriculture: the case of agricultural value chain financing
Discussion Paper 7/2016

Scarlato, Margherita / Giorgio d'Agostino
The political economy of cash transfers: a comparative analysis of Latin American and sub-Saharan African experiences
Discussion Paper 6/2016

Ragoussis, Alexandros
Government agoraphobia: home bias in developing country procurement markets
Discussion Paper 5/2016

Mbeva, Kennedy Liti / Pieter Pauw

Self-differentiation of countries' responsibilities: addressing climate change through intended nationally determined contributions
Discussion Paper 4/2016

Serdeczny, Olivia / Eleanor Waters / Sander Chan

Non-economic loss and damage in the context of climate change: understanding the challenges
Discussion Paper 3/2016

Altenburg, Tilman / Elmar Kulke / Aimée Hampel-Milagrosa / Lisa Peterskovsky / Caroline Reeg

Making retail modernisation in developing countries inclusive: a development policy perspective
Discussion Paper 2/2016

Draper, Peter / Cynthia Chikura / Heinrich Krogman

Can rules of origin in sub-Saharan Africa be harmonised? A political economy exploration
Discussion Paper 1/2016

2015**Brandi, Clara / Birgit Schmitz**

Trade flows in developing countries: what is the role of trade finance?
Discussion Paper 13/2015

Fischer, Cecilia / Imme Scholz

Universelle Verantwortung: die Bedeutung der 2030-Agenda für eine nachhaltige Entwicklung der deutschen Bundesländer
Discussion Paper 12/2015

Gehrke, Esther / Renate Hartwig

How can public works programmes create sustainable employment?
Discussion Paper 11/2015

Reeg, Caroline

Micro and small enterprises as drivers for job creation and decent work
Discussion Paper 10/2015

Gehrke, Esther

Can public works infrastructure affect employment outcomes? Evidence from the NREGS in India
Discussion Paper 9/2015

Mayer, Jörg

How could the South respond to secular stagnation in the North?
Discussion Paper 8/2015

Loewe, Markus / Nicole Rippin (eds.)

Translating an ambitious vision into global transformation: the 2030 agenda for sustainable development
Discussion Paper 7/2015

Fiedler, Charlotte

Towers of strength in turbulent times? Assessing the effectiveness of international support to peace and democracy in Kenya and Kyrgyzstan in the aftermath of interethnic violence
Discussion Paper 6/2015

Tawfik, Rawia

Revisiting hydro-hegemony from a benefit-sharing perspective: the case of the Grand Ethiopian Renaissance Dam
Discussion Paper 5/2015

Janus, Heiner / Niels Keijzer

Big results now? Emerging lessons from results-based aid in Tanzania
Discussion Paper 4/2015

Mrof, Karina

The fragile road towards peace and democracy: insights on the effectiveness of international support to post-conflict Burundi
Discussion Paper 3/2015

Holzappel, Sarah / Heiner Janus

Improving education outcomes by linking payments to results: an assessment of disbursement-linked indicators in five results-based approaches
Discussion Paper 2/2015



Studies

2016

Ströh de Martínez, Christiane / Marietta Feddersen / Anna Speicher

Food security in sub-Saharan Africa: a fresh look on agricultural mechanisation; how adapted financial solutions can make a difference
Studies 91

Brüntrup, Michael / Katharina Becker / Martina Gaebler / Raoul Herrmann / Silja Ostermann / Jan Prothmann

Policies and institutions for assuring pro-poor rural development and food security through bioenergy production: case studies on bush-to-energy and Jatropha in Namibia
Studies 90

2015

von Haldenwang, Christian / Alice Elfert / Tobias Engelmann / Samuel Germain / Gregor Sahler / Amelie Stanzel Ferreira

The devolution of the land and building tax in Indonesia
Studies 89

Abdel-Malek, Talaat

The global partnership for effective development cooperation: origins, actions and future prospects
Studies 88

Ashoff, Guido

Die Global Governance-Qualität der internationalen Aid Effectiveness Agenda: eine theoretische Analyse und Bewertung der Systemreform der internationalen Entwicklungszusammenarbeit
Studies 87



Externe Buchveröffentlichungen

2016

Altenburg, Tilman (Hrsg.)

Sustainability-oriented innovation systems in China and India
London: Routledge Taylor & Francis Group

Brown, Stephen / Jörn Gravingholt (Hrsg.)

The securitization of foreign aid, (Rethinking International Development Series)
Houndmills, Basingstoke: Palgrave Macmillan

Dick, Eva / Karin Gaesing / Dan Inkoom / Theo Kausel (Hrsg.)

Decentralisation and regional development: experiences and lessons from four continents over three decades
Heidelberg: Springer

Hein, Jonas

Rescaling conflictive access and property relations in the context of REDD+ in Jambi, Indonesia
Göttingen: Georg-August-Univ., eDis

Klingebiel, Stephan / Timo Mahn / Mario Negre (Hrsg.)

The fragmentation of aid: concepts, measurements and implications for development cooperation (ebook)
Houndmills: Palgrave Macmillan.

Kraas, Frauke / Claus Leggewie / Peter Lemke / Ellen Matthies / Dirk Messner / Nebojsa Nakicenovic / Hans Joachim Schellnhuber / Sabine Schlacke / Uwe Schneidewind / unter Mitarbeit von Clara Brandi et al.

Der Umzug der Menschheit: die transformative Kraft der Städte
Berlin: Wissenschaftlicher Beirat der Bundesregierung
Globale Umweltveränderungen WBGU, Hauptgutachten

Messner, Dirk / Silke Weinlich (Hrsg.)

Global cooperation and the human factor in international relations
London: Routledge Global Cooperation Series

Milan, Andrea / Benjamin Schraven / Koko Warner / Noemi Cascone (Hrsg.)

Migration, risk management and climate change: evidence and policy responses (Global Migration Issues)
Berlin, Heidelberg: Springer

Müngersdorff, Maximilian

Der Einfluss von Demokratiequalität auf die europäische Klimapolitik: eine Prozessanalyse der Erneuerbaren Energien Richtlinie
Duisburg-Essen: DuEPublico, Univ., Diss.

2015

Altenburg, Tilman / Ambui Sagar / Hubert Schmitz / Xue Lan (Hrsg.)

Comparing low carbon innovation paths in Asia and Europe
Oxford: Science and Public Policy 43 (Special Issue)

Altenburg, Tilman / Wilfried Lütkenhorst

Industrial policy in developing countries: failing markets, weak states
Cheltenham: Edward Elgar.

Bhaduri, Anik / Claudia Ringler / Ines Dombrowsky / Rabi Mohtar / Waltina Scheumann (Hrsg.)

Sustainability in the water-energy-food nexus, Water International: Sustainability in the water-energy-food nexus (Special Issue)

Henökl, Thomas

Inside the External Action Service: unpacking the EU foreign policy bureaucracy
Faculty of the Social Sciences at University of Agder;
Currently being revised and forthcoming
2015/2016, Houndmills: Palgrave Macmillan

Hinnebusch, Raymond / Tina Zintl (Hrsg.)

Syria from reform to revolt
New York: Syracuse University Press

Jolliffe, Dean / Peter Lanjouw / Shaohua Chen / Aart Kraay / Christian Meyer / Mario Negre / Espen Prydz / Renos Vakis / Kyla Wethli

A measured approach to ending poverty and boosting shared prosperity: concepts, data, and the twin goals
Washington, D.C.: World Bank Group

Kreibaum, Merle

Microeconomic analyses of the causes and consequences of political violence
Göttingen: Georg-August Univ., eDiss.

Pegels, Anna / Aurelia Figueroa / Babette Never

The human factor in energy efficiency: lessons from developing countries
Bonn: German Development Institute / Deutsches Institut für Entwicklungspolitik (DIE) / Pretoria: National Cleaner Production Centre of South Africa (NCPC-SA)

Rudolph, Alexandra

Challenges of globalization for international mobility, social security and environmental sustainability
Heidelberg: Ruprecht-Karls Univ., eDiss.

Scholz, Imme et al.:

„... damit sie das Leben und volle Genüge haben sollen“: ein Beitrag zur Debatte über neue Leitbilder für eine zukunftsfähige Entwicklung; eine Studie der Kammer der EKD für nachhaltige Entwicklung.
Hannover: Kirchenamt der EKD (EKD Texte 122)

Sidiropoulos, Elizabeth / Jorge A. Pérez Pineda / Sachin Chaturvedi / Thomas Fues (Hrsg.)

Institutional architecture and development: responses from emerging powers
Johannesburg: South African Institute of International Affairs (SAIIA)

Volz, Ulrich / Judith Böhnke / Laura Knierim / Katharina Richert / Greta-Maria Röber / Vanessa Eidt

Financing the green transformation: how to make green finance work in Indonesia
Basingstoke: Palgrave Macmillan



Ausgewählte Veranstaltungen

2016

Internationale Konferenz

A new Social Contract for MENA

Mitveranstalter: EADI, University of Bath

Bonn, 05. bis 06.12.2016

T20 Kick-Off-Konferenz

Cohesion in Diversity – Accompanying the German G20 Presidency

Mitveranstalter: IfW

Berlin, 01. bis 02.12.2016

Launch Event

The NDC Explorer

UNFCCC COP 22

Marrakesch, 15.11.2016

Mitglieder- und Partnerversammlung

Dritte Deutsche SDSN-Versammlung

Mitveranstalter: SDSN Germany

Berlin, 03.11.2016

Vorlesungsreihe

The Agenda 2030 – Dealing with Grand Challenges for Mankind

Mitveranstalter: Universität Bonn

Bonn, 20.10.2016 bis 26.01.2017

Public Lecture

The Future we want – the UN we need

Bonn, 24.10.2016

ETTG Public Conference

The Future of EU Development Policy

Mitveranstalter: ET TG Group

Paris, 24.10.2016

Stakeholder Launch

Voluntary Sustainability Standards and the Role of the Government

Mitveranstalter: BDI, UNFSS

Berlin, 21.10.2016

Parlamentarischer Abend

Klima- und Nachhaltigkeitsziele erreichen

Mitveranstalter: Französische Botschaft

Berlin, 18.10.2016

Urban Library

Transformative Strategies for the Century of Cities

Mitveranstalter: WBGU, WRI

UN Habitat III

Quito, 20.10.2016

Bonner Impulse

Klimapolitik im Kontext der Agenda 2030

Mitveranstalter: EADI, VENRO

Bonn, 28.09.2016

Workshop

Implementing the 2030 Agenda – the Role of Subnational Taxation

Bonn, 13. bis 14.09.2016

Science Lab

Unsere Welt 2030

Mitveranstalter: BMZ, Club of Rome, Managing Global

Governance, SDSN Germany

BMZ-Zukunftskongress

München, 14.09.2016

Alumni-Konferenz des DIE-Postgraduierten-Programms

Challenges and Solutions: The 2030 Agenda as an Imperative for a Sustainable Future

Bonn, 09.09.2016

Öffentliche Diskussionsveranstaltung

Flucht, Migration, Integration – Herausforderungen und Chancen aus Sicht der Forschung

Mitveranstalter: DIE, BICC, ILS, ZfTI

Johannes-Rau-Forschungsgemeinschaft

Düsseldorf, 17.06.2016

Öffentliche Podiumsdiskussion

Climate and Development: Getting to zero Poverty and zero Emissions

Mitveranstalter: ECDPM, Europäische Kommission, Iddri, ODI

European Development Days

Brüssel, 15.06.2016

Deutsches Habitat Forum

Urban Solutions

Mitveranstalter: beBerlin, BMZ, GIZ
Berlin, 01. bis 02.06.2016

Ninth International Dialogue on Water in Agriculture

Public-Private Partnerships in Irrigation

Mitveranstalter: IFAD
Bonn, 01. bis 02.06.2016

Konferenz

2016 Berlin Conference on Global Environmental Change

Mitveranstalter: Freie Universität Berlin
Berlin, 23. bis 24.05.2016

T20-Konferenz

Implementation of the 2030 Agenda

Mitveranstalter: FES, SIIS
Berlin, 12. bis 13.05.2016

Workshop

Disruptive Structural Change

Mitveranstalter: ECLAC
Bonn, 26. bis 27.04.2016

Präsentation

World Development Report 2016: Digital Dividends

Mitveranstalter: Weltbank
Bonn, 06.04.2016

Konferenz

Knowledge Platform: Agricultural Finance in Practice

Mitveranstalter: BMZ, GIZ
Bonn, 23.03.2016

Public Lecture - JRF vor Ort

Peaceland: Effectiveness of peace missions

Mitveranstalter: BICC
Bonn, 02.03.2016

ETTG-Konferenz

The Future of EU External Action

Mitveranstalter: ECDPM, Iddri, ODI
Berlin, 01. bis 02.03.2016

Netzwerk

MGG

Managing Global Governance (MGG) ist ein Ausbildungsprogramm am DIE. Staatlichen und nicht-staatlichen Akteuren aus den großen Schwellenländern und Deutschland / Europa bietet es eine innovative Plattform für Qualifizierung, Wissenskoooperation und Politikdialog. Die Alumni bilden das **#MGGNetwork**.

SDSN Germany

Das 2014 gegründete deutsche Sustainable Development Solutions Network bündelt Wissen, Erfahrung und Kapazitäten deutscher Wissenschafts-, Wirtschafts-, und zivilgesellschaftlicher Organisationen, um eine nachhaltige Entwicklung Deutschlands und deutsches Engagement für nachhaltige Entwicklung weltweit zu fördern. Die Geschäftsstelle ist am DIE angesiedelt.

www.sdsngermany.de

KHK / GCR21

Das Käte Hamburger Kolleg / Centre for Global Cooperation Research ist ein interdisziplinäres Zentrum für globale Kooperationsforschung in Duisburg. Die Gründungsinstitute sind das Deutsche Institut für Entwicklungspolitik (DIE), das Institut für Entwicklung und Frieden (INEF) sowie das Kulturwissenschaftliche Institut Essen (KWI).

www.gcr21.org

WBGU

Der Wissenschaftliche Beirat der Bundesregierung Globale Umweltveränderungen (WBGU) wurde 1992 von der Bundesregierung als unabhängiges wissenschaftliches Beratergremium eingerichtet. Er analysiert globale Umwelt- und Entwicklungsprobleme und veröffentlicht darüber Gutachten. DIE-Direktor Dirk Messner ist Co-Vorsitzender des Beirats. www.wbgu.de

ETTG

Die European Think Tanks Group vereint vier führende europäische Think Thanks: das Deutsche Institut für Entwicklungspolitik (DIE), das European Centre for Development Policy Management (ECDPM), das Overseas Development Institute (ODI) und das Institut du développement durable et des relations internationales (Iddri). www.ettg.eu



Ausgewählte Veranstaltungen

2015

Öffentliche Podiumsdiskussion

Wie lässt sich der Arabische Frühling retten?

Berlin, 11.12.2015

Öffentliche Podiumsdiskussion

Entwicklungspolitik auf dem Prüfstand

Berlin, 09.12.2015

Parlamentarisches Frühstück

Fluchtdynamiken beeinflussen – was können Entwicklungspolitik, humanitäre Hilfe und Krisenprävention tun?

Mitveranstalter: VENRO

Berlin, 07.12.2015

Panel Discussion

Accelerating the Great Transformation: the Post-Paris Script

Mitveranstalter: WBGU, WRI

UNFCCC COP21

Paris, 08.12.2015

Öffentlicher Vortrag & Diskussion

Außenpolitik live: Deutsche Außenpolitik in Ostafrika

Mitveranstalter: ifa

Bonn, 30.11.2015

Workshop

Deutsche Afrikapolitik neu denken

Mitveranstalter: GIGA, KAS, SWP

Cadenabbia, 15. bis 17.11.2015

Konferenz

Financing Sustainable Development

Mitveranstalter: UNEP

Berlin, 09.11.2015

Parlamentarischer Abend

Dialog für eine klimagerechte Transformation

Mitveranstalter: Französische Botschaft

Berlin, 04.11.2015

Bonner Impulse

Die Ziele für nachhaltige Entwicklung

Mitveranstalter: EADI, VENRO

Bonn, 02.11.2015

Vorlesungsreihe

How Sustainable is German Foreign Policy?

Mitveranstalter: Universität Bonn

29.10.2015 bis 28.01.2016

Filmpräsentation & Podiumsdiskussion

One Point Five – Stay Alive

Mitveranstalter: GIZ

Berlin, 13.10.2015

Öffentliche Podiumsdiskussion

TTIP Freihandel – Fairer Handel?

Mitveranstalter: Landesregierung Nordrhein-Westfalen

Berlin, 12.10.2015

Governance Sector Days 2015

Supporting Governance in a World without Borders

Mitveranstalter: GIZ

Berlin, 06. bis 07.10.2015

MGG Public Lecture

Global Justice through Global Goals?

Bonn, 05.10.2015

SDSN Germany-Kooperationsveranstaltung

DNWE Business-Ethics-Summit 2015

Mitveranstalter: DNWE, SDSN Germany

Frankfurt a.M., 02.10.2015

Workshop

Linking climate-smart Development, latecomer Industrialization and Social Inclusion

Mitveranstalter: UNEP, UNIDO

Wien, 10. bis 11.09.2015

Klimalog-Workshop

What counts? Addressing Non-Economic Loss and Damage in the Context of the UNFCCC

Mitveranstalter: UNU-EHS

Bonn, 26. bis 27.08.2015

Midterm Conference

Global Cooperation: Can we build on it? Findings and Perspectives

Mitveranstalter: Käte Hamburger Kolleg / Centre for Global Cooperation Research

Duisburg, 01. bis 03.07.2015

Fachtagung

Zwischenstopp Addis

Mitveranstalter: DVGN, SDSN Germany

Berlin, 30.06. bis 01.07.2015

Öffentliche Podiumsdiskussion

Weltweite Ziele für nachhaltige Entwicklung

Mitveranstalter: DVGN, SDSN Germany

Berlin, 30.06.2015

Report Launch

Poverty and Shared Prosperity

Bonn, 22.06.2015

Lunchtime Debate

TTIP: Chances and Risks

Mitveranstalter: Minister für Bundesangelegenheiten, Europa und Medien des Landes Nordrhein-Westfalen, Eine Welt Netz NRW
Brüssel, 18.06.2015

Bonn Groundswell Dialogue at the Climate Action Fair
Galvanizing the Groundswell of Climate Action for Success at Paris and Beyond

Mitveranstalter: FORES, GGCA, IVM-VU, OECD, TERI, UNFCCC secretariat
Bonn, 06.06.2015

Lab

Our collective interest? Towards a European Strategy for a Changing World

Mitveranstalter: ECDPM, Iddri, ODI, ETTG
Brüssel, 03.06.2015

Bonner Dialogforum Zukunftscharta

Eine Welt – Unsere Verantwortung

Mitveranstalter: Stadt Bonn, Engagement Global
Bonn, 21.05.2015

Workshop

Realities of Decarbonization: Lessons from ongoing Economic Transformations

Mitveranstalter: GIZ, Land Nordrhein-Westfalen, SDSN, Universität Kapstadt
Bonn, 12. bis 13.05.2015

MGG-Forschungsworkshop

Sozial- und Umweltstandards für die Weltwirtschaft

Bonn, 05. bis 07.05.2015

Lecture series in the UN City of Bonn

The United Nations at 70: Fit for “The Future We Want”?

Mitveranstalter: FIW, Liaison Office Internationale Wissenschaft, Stadt Bonn, Universität Bonn
Bonn, 16.04. bis 05.11.2015

Fachgespräch

Evaluierungen im zivilen Krisenengagement

Mitveranstalter: DEval, ZIF
Berlin, 27.04.2015

Workshop

Measuring the Social, Economic and Political Effects of Social Protection

Mitveranstalter: GIZ, IZNE der Hochschule Bonn Rhein-Sieg
Bonn, 15. bis 17.04.2015

Käte Hamburger Dialogue

Engaging Crimea: Prospects for Conflict and Cooperation

Mitveranstalter: Käte Hamburger Kolleg / Centre for Global Cooperation Research
Bonn, 09.04.2015

Workshop

Interaction Between Internal and External Actors in Democracy Promotion

Bonn, 25. bis 27.03.2015

Achtes Wasser-Land-Werkstattgespräch

Wasser-Land-Nexus

Bonn, 19. bis 20.03.2015

Präsentation

World Development Report 2015: Mind, Society and Behavior

Mitveranstalter: Weltbank
Bonn, 12.03.2015

Internationaler Workshop

ENCoRe Meeting 2015

Mitveranstalter: Universitäten Heidelberg und Mannheim
Bonn, 05. bis 07.03.2015

Veränderungs



prozess



Deutsches Institut für Entwicklungspolitik (DIE)

Stabsstelle Kommunikation		Geschäftsführung		
<p><u>Tanja Vogel</u> Sandra Dornauf Marie Fuchs Martin Koch</p>		<p>Prof. Dr. Dirk Messner Direktor</p>		
<p>Denis Neumann Marie Philipsenburg</p>		<p>Dr. Alejandro Guarin Wiss. Mitarbeiter</p>	<p>Philipp Weber Assistent</p>	<p>Maxim Injakin Projekt-Koordination</p>
Serviceeinrichtungen	Abteilung: Bi- und multilaterale Entwicklungspolitik	Abteilung: Nachhaltige Wirtschafts- und Sozialentwicklung	Abteilung: Governance, Staat- lichkeit, Sicherheit	Abteilung: Umweltpolitik und Ressourcenmanagement
<p><u>Gabriele Kahnert</u> Ina Prager (Stv.)</p> <p>Allgemeine Verwaltung <u>Ina Prager</u> Christine Aigner Paul Gross Alexander Knabe Patrycja Salink Nicole Schulz Daniel Sessink Jean-David Wa Tshiyamu Bernd Weingartz</p> <p>Finanzen Regina Oettel Jörg Volberg</p> <p>Technik Vitaliy Isaakov Sergej Lehmacher Miriam Nobs Boris Ueding</p> <p>Bibliothek Heike Ackermann Heike Großner Andrea Ueding Petra Vogel</p> <p><i>Mairet Siemssen</i> (beurlaubt)</p> <p>Veröffentlichungen Cornelia Hornschild Andrea Ueding</p> <p>09.2016</p>	<p><u>Dr. Stephan Klingebiel</u> Dr. Max-Otto Baumann Dr. Mark Furness Dr. Sven Grimm Dr. Christine Hackensch Dr. Thomas Henökl Dr. Sarah Holzapfel Heiner Janus Niels Keijzer Timo Mahn Jones Isabel Mank Dr. Hannes Öhler Dr. Alexandra Rudolph</p> <p><i>Svea Koch</i> <i>Dr. Silke Weinlich</i> (beurlaubt)</p> <p>Geschäftsstelle Projekt-Koordination: Benjamin Heil Sekretariat: Fatia Elsermann</p>	<p><u>Dr. Tilman Altenburg</u> Dr. Michael Brüntrup Dr. Francesco Burchi Dr. Amirah El-Haddad Dr. Aimée Hampel-Milagrosa Dr. Raoul Herrmann Dr. Markus Loewe Dr. Maximilian Müngersdorff Dr. Babette Never Dr. Anna Pegels Dr. Andreas Stamm Dr. Christoph Strupat</p> <p><i>Esther Gehrke</i> <i>Dr. Mario Negre</i> <i>Dr. Nicole Rippin</i> (beurlaubt)</p> <p>Geschäftsstelle Projekt-Koordination: Dr. Sonja Packschies Sekretariat: Ina Klemke</p>	<p><u>Dr. Julia Leininger</u> Dr. Anita Breuer Charlotte Fiedler Evelyn Funk Dr. Jörn Grävingholt Dr. Lisa Groß Merran Hulse Dr. Merle Kreibaum Karina Mroß Daniel Nowack Dr. Kai Striebinger Prof. Dr. Bernhard Trautner Dr. Christian von Haldenwang Armin von Schiller Calle</p> <p>Geschäftsstelle Projekt-Koordination: Judith Schubert Sekretariat: Gisela Kuhlmann</p>	<p><u>Dr. Ines Dombrowsky</u> Dr. Steffen Bauer Dr. Sander Chan Dr. Eva Dick Maria-Theres Haase Dr. Jonas Hein Dr. Elke Herrfahrdt-Pähle Dr. Annabelle Houdret Okka Lou Mathis Jonathan Mockshell Pieter Pauw Dr. Carmen Richerzhagen Dr. Jean Carlo Rodriguez de Francisco Dr. Waltina Scheumann Dr. Benjamin Schraven <i>Britta Horstmann</i> (beurlaubt)</p> <p>Geschäftsstelle Projekt-Koordination: Maxim Injakin Sekretariat: Ina Gampfer</p>
		Regionalexpertise		
		<p>Internationale Zusammenarbeit mit Afrika Dr. Julia Leininger Naher Osten und Nordafrika Dr. Markus Loewe Lateinamerika Dr. Christian von Haldenwang Südasien / Ostasien Dr. Ulrich Volz Zentralasien und östliches Europa Dr. Jörn Grävingholt</p>	<p><u>Adolf Klope-Lesch</u> Johannes Blankenbach Sabrina Schulze</p> <p>Geschäftsstelle SDSN Germany c/o Deutsches Institut für Entwicklungspolitik (DIE) Tulpenfeld 6, 53113 Bonn Tel.: +49 (0)228 94927-263 info@sdsngermany.de www.sdsngermany.de</p> 	

Impressum

Dr. Imme Scholz
Stellv. Direktorin

Doris Theisen
Sekretariat

**Abteilung:
Weltwirtschaft und Ent-
wicklungsfinanzierung**

Dr. Peter Wolff
Dr. Kathrin Berensmann
Dr. Axel Berger
Dr. Clara Brandt
Dominique Bruhn
Dr. Florence Dafe
Sören Hilbrich
Jonas Keil
Dr. Nannette Lindenberg
Dr. Zoryana Olekseyuk
Jan Ohnesorge
Dr. Jakob Schwab
Dr. Ulrich Volz
Dr. Lisa Wegner

Geschäftsstelle
Projekt Koordination:
Anette Köhler-Rahm
Sekretariat:
Christa Ottersbach

**Abteilung:
Ausbildung**

Dr. Thomas Fues
Johannes Blankenbach
Dr. Zeljko Crncic
Aurelia Figueroa
Dr. Regine Mehl
Dr. Tatjana Reiber

Alumni-Netzwerk:
Dr. Regine Mehl
Nuria Domenech Casares

Geschäftsstelle
Koordination:
Bettina Beer, Verena Zehe
Sachbearbeitung:
Rita Klüwer
Sekretariat:
Sabine Middecke

Herausgeber

Deutsches Institut für Entwicklungspolitik gGmbH (DIE)
Tulpenfeld 6
53113 Bonn Deutschland
Telefon: +49 (0)228-94927-0
Telefax: +49 (0)228-94927-130
DIE@die-gdi.de
www.die-gdi.de
www.twitter.com/die_gdi
www.facebook.com/DIE.Bonn
www.youtube.com/DIEnewsflash

Redaktion

Tanja Vogel
Leiterin der Stabsstelle Kommunikation

Bildnachweise

S. 4 Samuel Zeller/unsplash.com
S. 5 Jeremy Bishop/unsplash.com
S. 12 himberry/photocase.de
S. 13 bolleone/photocase.de
S. 26 NASA/unsplash.com
S. 27 daniel.schoenen/photocase.de
S. 40 Michael Fernandez/unsplash.com
S. 41 marie anne/photocase.de
S. 60 jala/photocase.de
S. 61 Chrisjean/photocase.de
S. 74 JoeEsco/photocase.de
S. 75 Kamesh Vedula/unsplash.com

Porträtfotos Deutsches Institut für Entwicklungspolitik (DIE)
© Barbara Frommann/DIE

Gestaltung

MediaCompany – Agentur für Kommunikation GmbH
www.mediacompany.com

Druck

Köllen Druck + Verlag GmbH

Dieser Jahresbericht wurde gedruckt auf UPM Edixion
Offsetpapier, zertifiziert nach dem EU ECOLabel.

Redaktionsschluss

Oktober 2016

Copyright

© Deutsches Institut für Entwicklungspolitik (DIE), 2016

ISBN 978-3-96021-012-2
ISSN 2190-2224



d.i.e

Deutsches Institut für
Entwicklungspolitik



German Development
Institute

Deutsches Institut für Entwicklungspolitik (DIE)

Tulpenfeld 6, 53113 Bonn

Tel.: +49 (0)228 94927-0, Fax: -130

DIE@die-gdi.de

www.die-gdi.de

www.facebook.com/DIE.Bonn | twitter.com/DIE_GDI

www.youtube.com/DIEnewsflash

Kuratorium

Dr. Friedrich Kitschelt (Vorsitzender des Kuratoriums)

Staatssekretär, Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ), Berlin

Botschafter Alexander Baum

EU Ambassador and Head of the EU Delegation to Botswana, European External Action Service, Brüssel

Prof. Dr. Philipp Dann

Lehrstuhl für Öffentliches Recht und Rechtsvergleichung, Humboldt-Universität zu Berlin

Prof. Dr. Ulrike Grote

Geschäftsführende Leitung, Institut für Umweltökonomik und Welthandel, Leibniz Universität Hannover

Dr. Thomas Grünewald

Staatssekretär, Ministerium für Innovation, Wissenschaft und Forschung des Landes Nordrhein-Westfalen, Düsseldorf

Joachim Heidebrecht

Direktor Abteilung „Entwicklung, Governance und Frieden“, KfW-Entwicklungsbank, Frankfurt am Main

Jürgen Hein

Abteilungsleiter „Europa und internationale Angelegenheiten“, Staatskanzlei des Landes Nordrhein-Westfalen, Düsseldorf

Dr. Inge Kaul

Adjunct Professor/ Außerordentliche Professorin, Hertie School of Governance, Berlin

Dr. Cyrill Nunn

Beauftragter für Menschenrechte, Internationale Entwicklung und Soziales, Auswärtiges Amt, Berlin

Cornelia Richter

Mitglied des Vorstands, Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) GmbH, Eschborn

Prof. Dr. Conrad Schetter

Wissenschaftlicher Direktor, Bonn International Center for Conversion (BICC)

Prof. Dr. Udo Steffens

Präsident und Vorsitzender der Geschäftsführung, Frankfurt School of Finance & Management gGmbH, Frankfurt am Main

Joachim Steffens

Ministerialrat, Referat VD 1 – Entwicklungspolitik, Vereinte Nationen, UNCTAD, Bundesministerium für Wirtschaft und Energie, Bonn

Barbara Susec

Leiterin Abteilung „Internationale Gewerkschaftspolitik“, Deutscher Gewerkschaftsbund (DGB), Berlin

Prof. Dr. Claudia Warning

Vorstand „Internationale Programme und Inlandsförderung“ bei Brot für die Welt – Evangelischer Entwicklungsdienst im Evangelischen Werk für Diakonie und Entwicklung e.V., Berlin

Brücken bauen zwischen
Theorie und Praxis

**Building bridges between
research and practice**